

## **Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi, liebe Leserinnen und Leser,**

### **Adventliche Signale und die dynamische Militarisierung:**

„Die LehrerInnenkonferenz der Willy-Brand-Gesamtschule in Bochum (mit 100 Lehrkräften) hat ihre -schließlich nach einem Friedensnobelpreisträger benannten Schule- zur bundeswehrfreien Zone erklärt. Das Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt sei mit den Erziehungszielen der Schule unvereinbar.“

Diese Nachricht erreichte uns in den ersten, adventlichen Tagen des Jahres 2013. Ist das nicht eine sehr erfreuliche Mitteilung, die für einige Augenblicke die weitere Militarisierung in Deutschland, Europa und auf dem gesamten Globus in den Schatten stellt? Ist das nicht ein Symbol für die prophetischen Visionen eines Jesajas? „Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk und übt nicht mehr für den Krieg.“ (Jes.2,4) Kann dieser Beschluss der 100-köpfigen Lehrerkonferenz in Bochum nicht ermutigend und verstärkend für unsere Friedensarbeit sein?

Gerade angesichts unserer bescheidenen Arbeit in den Schulen: dort ist uns die Bundeswehr in einem Verhältnis 6 zu 500 Veranstaltungen haushoch überlegen! Die Bundeswehr hat allein im Jahr 2012 100 000 Schüler mit ihren Veranstaltungen erreicht. Und an bundesdeutschen Hochschulen finanziert das amerikanische Verteidigungsministerium die Forschung mit Aufträgen in Millionenhöhe (SZ vom 25.11.13)

Die Lehrerkonferenzentscheidung der Gesamtschule in Bochum kann und soll auch unter der augenblicklichen Debatte der politischen Elite gesehen werden.

So heißt es nämlich im Koalitionsvertrag von CDU und SPD:

„Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“ Der derzeitige Verteidigungsminister hat zuvor vollmundig verkündet: „Die Arbeit der Jugendoffiziere an den Schulen aller Art muss verstärkt werden.“

Da sagt eine Gesamtschule im Ruhrgebiet; Nein zur Bundeswehr an unserer Schule, Bundeswehr weggetreten! Folgen die 100 Lehrkräfte und die gesamte Schule nicht damit der jesuanischen Botschaft: Steh auf, finde dich nicht mit der Situation ab, folge dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens?

Fast zeitgleich mit diesem Beschluss der Gesamtkonferenz der Bochumer Gesamtschule - er fand kein Echo in den Nachrichten - wurde das neue Kommunikationssystem Eurosur in den Medien bekannt gemacht, das die Aufgaben der europäischen Organisation Frontex bei der Überwachung der europäischen Grenzen unterstützen soll. Kritiker, z. B. Pro Asyl sehen aber schon heute in diesem System keine Hilfe und Unterstützung der in Seenot geratenen Flüchtlinge, sondern nur eine weitere Militarisierung an den Grenzen der Festung Europas.

Gleichzeitig wurde von den Nachrichtenagenturen gemeldet, dass die Unsicherheiten für Mitglieder westlicher Mitarbeiter von NGO 's in Afghanistan noch nie so stark waren wie in den letzten Wochen; sie müssen um Leib und Leben fürchten und werden gebeten das Land zu verlassen. Was -so bleibt zu fragen- hat der multinationale, militärische Einsatz in Afghanistan gebracht, ist irgendwo Frieden und Gerechtigkeit eingezogen?

Nein, das hatte uns schon Dr. Martin Baraki bei unserer Bistumsversammlung 2013 verdeutlicht: Das gesamte Land ist barbarisiert und traumatisiert und es wird Generationen dauern, ehe die vielfältigen Wunden verheilt sind. Die Traumatisierungen der multinationalen Soldaten und Angehörigen soll nicht unerwähnt bleiben. Da können auch 100 000 Dollar „Sterbegeld“ für die Ehefrau oder die Angehörigen eines getöteten amerikanischen Soldaten kein Trost sein, das die US.- Regierung an die Hinterbliebenen zahlt.

Afghanistan wird auch in diesem Heft thematisiert.

Im Konflikt der „Staatengemeinschaft“ mit dem Iran ist es offenbar gelungen, einer friedlichen Lösung näher zu kommen. Die vielfältigen Sanktionen sollen 2 aufgehoben werden, so dass – wie es ein bekannter Iraner, der seit Jahren in Deutschland lebt, vermittelte, wieder lebensnotwendige Medikamente importiert werden können.

Und was ist mit Syrien? Gibt es Initiativen für eine friedliche Lösung? Oder bleiben die politischen Mächtigen im Kategorisieren stecken, im Zuordnen von Feinden, Schurkenstaaten, den Bösen, Despoten, Diktatoren und den Sündenböcken? Und es gibt offenbar nur eine Strategie zur Lösung dieser Konflikte: Einsatz von militärischen Mitteln. Und für diese Einsätze werden gigantische Summen an finanziellen Mitteln eingesetzt, oder die Profiteure liefern Waffen für die eine oder andere Seite; sie umgehen dabei auch Waffenembargos.

Diese Thematik -das gegenwärtige Wirtschaftssystem- wird Gegenstand unseres Wirtschaftsseminars 2014 (31.01. bis 02.02.14) in Kyllburg sein. Wir werden uns intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzen. Schon heute kann ich zu dieser Veranstaltung nun ganz herzlich einladen.

Schließlich darf ich auf das erste päpstliche Schreiben von Franziskus verweisen, dass am 26.11.2013 veröffentlicht wurde. Papst Franziskus

verdeutlicht in diesem Schreiben, dass die wichtigste Ursache allen Übels und Gewalt die ungleiche Verteilung des Reichtums auf der Welt sei. Das derzeitige Wirtschaftssystem sei in seiner Wurzel ungerecht. Diese Wirtschaft töte, weil sie allein nach den Gesetzen des Stärkeren funktioniere.

„Solange die Probleme der Armen nicht von den Wurzeln her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich keine Problem gelöst werden“, so der Papst.

Sind nicht die Botschaften von Bochum und das erste päpstliche Rundschreiben eine Unterstützung unserer Arbeit, die gerade in diesen Tagen des Advent Hoffnung macht und die uralte Sehnsucht nährt, die schließlich an Weihnachten von den Engel am Stall von Bethlehem verkündet wird: Frieden auf Erden, Frieden allen Menschen?

Machen wir uns also auf nach Bethlehem und folgen den Spuren des Meisters aus Nazareth; Er wird uns auf unseren Wegen begleiten. Wir können also mutig unsere Arbeit machen.

Ein friedvolles Jahr 2014- Schalom

Egbert Wisser

## Berichte und Hinweise

Hiermit laden wir zum  
**Wirtschaftsseminar 2014**  
vom 31. – 02.02. in Kyllburg ein.

Das Thema lautet:  
**Weltordnungskriege**  
mit dem **Referenten Tomasz Konicz** aus Polen

Anmeldungen bei Rudi Kemmer: [rudi.kemmer@T-Online.de](mailto:rudi.kemmer@T-Online.de)

Die diesjährige **Bistumsversammlung** gliederte sich wie gewohnt: Freitagabend mit dem Politischen Nachtgebet(vgl. Rundbrief später), der Samstag mit dem Studienteil über die Entwicklung in Afghanistan(vgl. Rundbrief später), die Sonntagsmesse und die Regularien. Bei den Neuwahlen wurden **Egbert Wisser als Sprecher**(Vorsitzender des Diözesanverbandes nach der neuen Satzung) und **Horst Peter Rauguth zum Geistlichen Beirat** wiedergewählt. Rudi Kemmer kandidierte nicht mehr als Geschäftsführer,

führt aber noch ein Jahr die Kasse. Auch wenn er noch weiterhin tätig ist, konnte ihm die Versammlung für die jahrelange zuverlässige Tätigkeit ausdrücklich danken. Die allgemeinen Aufgaben der Geschäftsführung liegen in der Hand von Egbert Wisser. Weitere Mitglieder wurden in den erweiterten Vorstand gewählt (vgl. Kontakte in diesem Rundbrief)

In Koblenz konnte das dortige **Sozialforum** folgende Veranstaltungen durchführen: Am 13. August startete der erste Abend im zweiten Halbjahr mit Informationen zum Thema „**Leiharbeit – bei Paketdiensten, Amazon & Co.**“ Am 22.10. hieß das Thema „**Kapitalismus macht krank**“. Vortrag und Diskussion mit Doris Petras und Dr. Burkhard Weibel. Am 26.11. folgte „**Brauner Terror (NSU)**“. Der Abend zum Thema: „**Was bedeutet Imperialismus heute? Abschied von einem alten Konzept!?**“ mit dem Publizisten Dr. Thomas Konicz fand am 12.12. 2013 statt.

Am 14.08. referierte im Atelier Andruet – pax christi Saar war Mitveranstalter - Walter Listl vom Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung, München, zum Thema „**Die Herren des Geldes**“. Vgl. den Bericht

Im Zusammenhang mit dem **Antikriegstag**, dem 01.09., gab es in **Saarwellingen** verschiedene Veranstaltungen: Am **29. 8.2013** stellte Mario Andruet im Atelier sein monumentales Kunstprojekt „**Asche und Phönix**“ vor. Es wurde begleitet von Texten, die Dr. Eva Kell vortrug, und Liedern von und mit Wolfgang Winkler. Zu der Verlegung von Stolpersteinen (vgl. Bilder hinten im Rundbrief) in der Gemeinde Saarwellingen am nächsten Tag führten die Historiker Klaus Mayer und Peter Klauck - Kenner der Geschichte der Juden in Saarwellingen – am 29. über den Judenfriedhof. 02. September folgte im Atelier ein Abend mit pax-christi-Mitglied Dr. Fred Klinger aus Berlin mit Vortrag und Diskussion zum Thema „**Theorie und Macht des Götzen - der andere Blick auf unser Land.**“

Anlässlich des Empfangs der **Friedensfahrt Verdun-Ramstein** in Saarbrücken (vgl. den Bericht in dieser Ausgabe) hatte das FriedensNetz Saar zu einer **Antikriegskundgebung** am 30.08.2013 in Saarbrücken unter dem Thema „**Stoppt den Krieg im Nahen Osten**“! Im Mittelpunkt stand die Eskalation in Syrien

Im November gab es in der Ökumenischen Friedensdekade im Atelier zwei Veranstaltungen zum **Israel-Palästina-Konflikt**: Am 04.11. wurde die Film-Dokumentation einer Begegnung deutscher Jugendlicher mit Palästinensern und Israelis „**Wir weigern uns Feinde zu sein**“ gezeigt. Am 12.11. 2013 folgte ein Vortrag mit Diskussion zum Thema „**Friedenskräfte im Israel-Palästina-Konflikt**“. Referent war Clemens

Ronnefeldt, Freising, der im Mai/Juni an einer Begegnungsreise nach Israel und in die Westbank teilnahm. Die Reise führte u.a. nach Bethlehem, Ramallah, Hebron, Jericho, Jerusalem und in das Dorf Neve Shalom - Wahat al Salam (Oase des Friedens). In seinem Vortrag benannte Clemens Ronnefeldt Friedenshindernisse auf beiden Seiten und stellte Friedensorganisationen in Israel und Palästina vor, die er in den letzten Jahren immer wieder besucht hat. Neben Hinweisen für Schritte in einem Friedensprozess forderte er ausdrücklich die Unterstützung dieser Organisationen.

Am 30. November war dann **Faten Mutarker**, eine palästinensische Christin aus Beit Jala, Bethlehem in Saarbrücken während ihrer Deutschlandreise zu Gast mit dem Thema: „**Leben zwischen Mauern! 46 Jahre warten auf den Frieden?**“ Sie ging auf die Aufruhr und die Umbrüche in der arabischen Welt ein und fragte nach den Auswirkungen auf den Nahostkonflikt, für Palästina. Wichtig war ihr auch, dass es auf beiden Seiten der Mauer Menschen gibt, die an einen gerechten Frieden glauben. Sie benannte Hürden, im Alltagsleben überwunden, Mauern, die eingerissen werden müssen, damit die beiden Völker endlich wieder zu einem Nebeneinander, vielleicht sogar Miteinander finden.

Auf Initiative von Pax-Christi sowie der AG Frieden erläuterten vor 40 Zuhörern Katarina Barley (SPD), Henrick Meine (FDP), Corinna Ruffer (Bündnis 90/ Die Grünen), Katrin Werner (Die Linke) und Andreas Brühl (Piratenpartei) die Positionen ihrer jeweiligen Partei zu den Themen **Bundeswehr, Militäreinsätze, Asyl- und Rüstungspolitik**. Der ebenfalls geladene Bernhard Kaster (CDU) war wegen eines anderen Termins verhindert. In der anschließenden Podiumsdiskussion (Moderation Roland Röder) beantworteten die Kandidaten Fragen aus dem Plenum. Kernpunkte bildeten dabei die Themen Asylpolitik und Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung. Erfreulich, dass alle Kandidaten unter dem Eindruck der Opfer unter den Flüchtlingen im Mittelmeer einhellig und mit Nachdruck erklärten, dass die europäischen Asylvereinbarungen nicht zu verantworten sind. Leider findet sich das nicht im Koalitionsvertrag.

Zum diesjährigen **Tag des Flüchtlings** am 27. September kündigte der Saarländische Flüchtlingsrat (pax christi Saar ist Mitglied) weitere Initiativen an, um die menschenunwürdigen Zustände im Lager Lebach öffentlich zu thematisieren. "Nach wie vor geht es darum, für alle Flüchtlinge die Aufenthaltsdauer im Lager Lebach deutlich zu reduzieren und die Lebensmittelpakete endlich abzuschaffen.", erklärte Doris Klauck vom Flüchtlingsrat, "Wir wollen eine Politik für Flüchtlinge und nicht gegen sie." Deswegen wolle der Flüchtlingsrat den politischen Druck auf Regierung und Verwaltung erhöhen.

Außerdem nahm der Flüchtlingsrat Stellung zu dem Heim-TÜV für das Lager Lebach und die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien.

In seiner Presseerklärung vom 10.10.2013 fordert der Saarländische Flüchtlingsrat Konsequenzen aus der Flüchtlingskatastrophe vor **Lampedusa**. Angesichts der anhaltenden Debatte um die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa fordert der Saarländische Flüchtlingsrat deutliche Konsequenzen in Politik und Gesellschaft. Statt der üblichen Rituale der Betroffenheit, muss endlich **Schluss sein mit einer Politik der Abwehr und Bekämpfung geflüchteter Menschen**. Die annähernd 400 Toten sind kein "tragisches Unglück" oder "Schicksal". Lampedusa steht für eine aggressive auf Abwehr ausgerichtete Politik, die seit Jahren die Flucht von Menschen nach Europa mit polizeilich-militärischen Mitteln verhindern will. Die Verantwortung dafür liegt direkt bei der EU und ihren Institutionen, insbesondere bei der Grenzschutzagentur Frontex. Sie liegt konkret auch bei Bundesinnenminister Friedrich, der sich angesichts der Bilder von Lampedusa vor allem zur Hetze gegen "Schlepper" und "illegale Einwanderer" hinreißen lässt. Und klar ist auch: Solange Europa weiterhin Zäune baut, Flüchtlingsboote abdrängt und FluchthelferInnen kriminalisiert, wird es weitere Tote im Mittelmeer geben. Zum Thema „**Flucht nach Europa – In Saarbrücken gestrandet.**“ gab es am 02.12. auch eine Podiumsdiskussion dort mit Horst Peter Rauguth, in dessen Gemeinde Kirchenasyl stattfindet.

**Nein zum Kapitalismus, aber wie?** : Das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar e.V. hat zu den runden Geburtstagen der drei langjährigen Mitarbeiter Paul Klein, Paul Freialdenhoven und Ulrich Suppus Mitgliedern eine Festschrift herausgegeben, in der unterschiedliche Ansätze von Kapitalismuskritik dargestellt werden.

*In der Presseerklärung heißt es:* Genau dies macht die Diskussionslage im ‚Netz‘ deutlich:

Kapitalismuskritik ist als zentrale Herausforderung anerkannt. Gestritten wird, wie sie angemessen zu formulieren ist. Diese Publikation konnte zwar nicht alle, aber doch einige wichtige Kapitalismuskritiker nebeneinander stellen. Dr. Kuno Füssel beschäftigt sich in seinem Text mit Marx - Interpretationen, ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten, wobei die Arbeiten Louis Althusers den entscheidenden Hintergrund bilden. Elisabeth Böttcher, Redakteurin der Zeitschrift exit!, erläutert die maßgeblich von Robert Kurz und Roswitha Scholz geprägte Wert-Abspaltungskritik. Dr. Ulrich Hamenstädt von der Uni Münster stellt ‚Empire‘ und den Operatismus von Antonio Negri und Michael Hardt vor. Prof. Dr. Markus Wissen entfaltet die Bedeutung der politischen Ökologie in der Kapitalismuskritik. Dem folgt

Prof. Dr. John Holloways Ansatz mit Fokus auf seinen Vorstellungen zur Überwindung des Kapitalismus, wobei dieser Text nicht eigens für diese Festschrift geschrieben wurde, sondern der österreichischen Zeitschrift Grundrisse entnommen werden durfte. Sich auf die wert-enspaltungskritische Analyse beziehend beschreibt Günther Salz von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) im Bistum Trier die – auch für das Netz typischen – Spannungen zwischen Theorie und Empirie bei der KAB Trier. Kapitalismuskritik verbindet sich im Netz immer auch mit theologischer Reflexion. Diesen Faden greift der Text von Herbert Böttcher, Vorsitzender des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar, auf. Er macht deutlich, aus welchen theologischen Traditionen heraus das Netz Kapitalismuskritik betreibt und wie die Rezeption der Wert-Abspaltungskritik zugleich zu einem neuen kritischen Bedenken vertrauter theologischer Ansätze führt. Eingeleitet und gleichzeitig abgerundet wird die Artikelsammlung mit einem Interview des ältesten Jubilars, der die Bedeutung von Kapitalismuskritik in seinem Leben skizziert.

**Pilgerweg nach Köln vom 03.-06. Oktober:** 30 Personen haben sich an dem Pilgerweg im Jahr des Glaubens von Koblenz nach Köln beteiligt. Sie haben sich **Unterwegs** der Krise, die viele spüren, gestellt, versucht sie zu begreifen, um nach Wegen der Befreiung suchen. Die TeilnehmerInnen haben gefragt, was es in dieser Situation heißt, an einen Gott zu glauben, der Befreiung verspricht, an einen Messias, der einlädt, dem Unrecht und der Verzweiflung zu widerstehen und auf eine neue Welt zu hoffen, die jetzt anbrechen soll, an einen Geist, der lebendig und rebellisch macht... Etwas von diesem Weg schlägt sich auch in diesem Rundbrief nieder: in den Gedanken des Vorwortes, in einigen Abschnitten zum Thema Militarismus aus dem Pilgerheft, die wir hier abgedruckt haben und in einigen Bildern.

Der **Rheinland-Pfälzische Friedenspreis 2013** wurde am 09. November an Pfarrer i. R. **Elmar Funk** und die **Kirchheimbolandener Friedenstag** verliehen. Horst Scheffler, Vorsitzender Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), betonte in seinem Grußwort, das mit diesem Friedenspreis sich ein Projekt behauptet hat, dass diejenigen in den Blick nimmt, die lokal und regional für Gerechtigkeit und Frieden aktiv sind.

**Pax christi Wittlich** – auf der Veranstaltung wurde die dortige Gruppe als Motor des interreligiösen Dialogs bezeichnet - veranstaltete einen Diskussionsabend mit dem ehemaligen Pfarrer Halffmann für **Christen und Muslime zum Thema Religionsfreiheit** auf der Grundlage des 2. Vatikanums. (vgl. hinten im Rundbrief)

## Afghanistan

*Die Bistumsversammlung 2013 hat sich an Ihrem Studientag noch einmal intensiv mit Afghanistan befasst. Der Marburger Politologe Matin Baraki hat seine Perspektiven vorgetragen und mit den Teilnehmern darüber diskutiert (vgl. unten die protokollarischen Notizen). Auch sein diesjähriger Reisebericht wird in dieser Ausgabe abgedruckt. Nach einem Studientag mit dem Dr. Matin Baraki über die Situation Afghanistans und seine über dreißigjährige Kriegsgeschichte verweist pax christi im Bistum Trier auf seinen 18 Punkte-Plan(siehe unten) für eine zukünftige Entwicklung des Landes.*

*Das inhaltliche Ergebnis wurde in folgender Veröffentlichung zusammengefasst:*

Pax christi zählt zu den grundlegenden Bedingungen erstens den Abzug **aller** Soldaten der USA, der NATO und ihrer Verbündeten. Das schließt selbstverständlich Sicherheitsfirmen und Organisationen ein, die mit den Truppen kooperiert haben. Die notwendige Sicherheit kann durch die Einbeziehung der blockfreien Staaten oder solcher aus dem islamischen Kulturkreis gewährt werden.

Zudem sollen alle Pläne für die Zukunft des Landes in die Hand einer großen Versammlung(Loya Jirga) gelegt werden. Unbelastete internationale Organisationen sorgen dafür, dass sie regulär zu Stande kommt und alle Gruppierungen beteiligt werden.

Die Auswertung der Kriegsgeschichte Afghanistans mit allen verheerenden Folgen erfordert den Abzug der Bundeswehr ohne „Wenn und Aber“. Rechtfertigungen ihren Verbleib gibt es nicht. Darüber hinaus haben auch sonstige Auslandseinsätze nicht unsere Zustimmung. Sie sind Bestandteil unseres krisengeschüttelten, kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Menschen und Erde vernichtet. Die derzeitigen Kampfeinsätze zerstören Leben und haben im besten Fall die Form der Knechtschaft verändert.

### **Protokollarische Notizen aus dem Referat von Dr. Matin Baraki**

*Die folgenden Notizen wurden von Peter Weinowski erstellt. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema finden sich auf der Internetseite von Matin Baraki. Direkt wird hier hingewiesen auf seine Darstellung auf [www.aixpax.de](http://www.aixpax.de): „Elf Jahre Krieg und Besatzung in Afghanistan.“*

*Zur geostrategischen Lage:*

Wegen seiner geostrategischen Lage als Durchgangsland für Warenströme (Seidenstraße) stand Afghanistan schon immer im Fokus des Interesses der

Großmächte. Auch für Deutschland zur Kaiserzeit galt: Wenn Deutschland Großmacht werden wollte, muss es Großbritannien besiegen um den Weg nach Indien zu kontrollieren. Später hatte Hitler-Deutschland seine eigene Afghanistan-Strategie. Unter diesem Großmachtgerangel hatten die Menschen in Afghanistan schon immer zu leiden. So war der Krieg nach dem 11. September 2001 schon vorher in der US-Administration in Erwägung gezogen worden. (1)

#### *Lage vor den Reformen von 1978:*

2 Prozent der Bevölkerung gehörten 75 Prozent der bebaubaren Flächen in Afghanistan. Mittelalterliche Zustände. 80 Prozent Analphabeten. Hungersnöte, viele tote Kinder in den Straßen der Städte, denn aus Mangel an Nahrung setzten Frauen Kinder in den Städten aus in der Hoffnung das sich einer, der genug zu essen hatte, sich darum kümmert. Ab 1978 wollte eine linke, demokratische Regierung durch Reformen dies ändern.

#### *Afghanische Falle:*

Um die verhasste kommunistische Regierung zu stürzen, hat der CIA mit Hilfe von oppositionellen Gruppen (Taleban, Warlords) versucht, die Russen 1979 in die afghanische Falle zu locken. Es ging darum die Islamisierung durch linke Kräfte in der Region, vor dem die Russen auch Angst hatten, zu stoppen. Es liegen Dokumente vor, dass die afghanische Regierung die UDSSR bis zum 17.12.1979 zwanzigmal um Hilfe gebeten hat. Die Sowjets wollten zu Anfang keine weiteren Gründe für den Nato-Doppelbeschluss schaffen. Der 21. Versuch hatte Erfolg, die Russen besetzten das Land.

#### *Auftrag der Internationalen Schutztruppe(International Security Assistance Force, kurz ISAF, (2)):*

Der Auftrag der ISAF besteht darin, die vorläufigen Staatsorgane Afghanistans und ihre Nachfolgeinstitutionen bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Afghanistan so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht, in einem sicheren Umfeld arbeiten können, und Sicherheitsunterstützung bei der Wahrnehmung anderer Aufgaben in Unterstützung der „Bonner Vereinbarung“ zu gewähren.

#### *Kriegsfolgen und Kriegskosten:*

Der Afghanistankrieg kostet jede Woche 1,5 Milliarden Dollar. Bis heute bedeutet das alleine für die USA 1750 Milliarden Dollar Kriegskosten. China

finanziert durch den Ankauf von US-Anleihen diesen Krieg. Der größte Gewinner des Krieges ist die US-Kriegswirtschaft.

Fast 100 Prozent der afghanischen Bevölkerung ist traumatisiert, am meisten die Frauen. Kinder haben verlernt zu spielen. Kinder kämpfen gegeneinander, sie spielen Taliban und Mudschaheddin, und prügeln sich. Konflikterlebnisse werden so verarbeitet und ausgelebt.

Afghanistan steht mit 90 Prozent an erster Stelle der Mohnproduktion (Heroin bzw. Opium) der Welt. Familien bauen auf einem Hektar für ca. 8000 Euro Mohn an. Wenn sie Nahrungsmittel anbauen würden, würden sie nur 800 Euro auf derselben Fläche erwirtschaften. Die afghanische Wirtschaft ist ruiniert. 80 Prozent der Bevölkerung leben am Existenzminimum. Die Lage der Bevölkerung verschlechtert sich zunehmend. Die Arbeitslosigkeit beträgt mancherorts ca. 70%, vor allem in Osten und Süden sogar 90%. In allen Provinzen wird die Drogenproduktion der Warlords unter den Augen der NATO aufrechterhalten, das sagte der Finanzminister Afghanistans. Der Stellvertreter Kasais, ein Drogenboss, wurde mit 55 Millionen Dollar Drogengeld verhaftet. Dieser Krieg hat Afghanistan moralisch, psychisch, und ökonomisch kaputt gemacht. In Afghanistan scheint alles aussichtslos zu sein. Die afghanische Frau verhüllt vor ihrem Mann das Angesicht und der NATO-Soldat tritt die Tür zu ihrem Schlafzimmer ein.

Der Widerstand wird gespeist aus der Arroganz des Westens, des Sittenverfalls, dem Bombardieren der Hochzeitsgesellschaft des Clan-Chefs. Die Zivilgesellschaft ist geprägt von Organisation und Stiftungen, die in westlichen Staaten verankert sind und die ihre Leute überall untergebracht haben - z.B. der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wenn 6 Millionen Kinder in die Schule gehen dann ist das keine Schule sondern ein Verwahrort ohne Lehrer.

Statt einer Armee brauchen wir Polizeikräfte, wir brauchen keine Armee, weil wir keinen Staat angreifen wollen. Der Westen will eine afghanische Armee, die gegen die Bevölkerung eingesetzt wird und somit Leute erschießen, wir brauchen eine Polizei die Leute beschützen.

*Vorschläge zur Beendigung des Krieges und zum Wiederaufbau – Der vollständige 18-Punkte-Plan ist unten angefügt, da es um nichts weniger als die Zukunft eines geschunden Landes geht -:*

- Ein halbes Jahr Waffenstillstand
- Alle fremden Truppen (NATO) raus aus Afghanistan
- Truppen der islamistischen Staaten sorgen für Ordnung
- Die UNO leitet Gespräche ein

- Ein Rat der Weisen aus den Abordnungen von über 100 islamistischen Staaten
- Alle Gruppen an einen Tisch, auch Mudschaheddin, Taliban und Warlords (Loja Dschirga)

Das Geld der Drogenbosse und 25 Prozent der Kriegskosten sollten in Afghanistan investiert werden. Die Bauern müssen subventioniert werden um anstatt Mohn z.B. Getreide anzubauen, denn Afghanistan ist ein sehr fruchtbares Land. Eine Leichtindustrie müsste aufgebaut werden, z.B. Fahrradproduktion und Textilindustrie. Wir müssen mit unseren direkten Nachbarn zusammenarbeiten, nicht mit dem Westen. Wir kommen aus diesem Sumpf nur heraus wenn wir „kleine Brötchen“ backen. Das A und O ist: Frieden + Essen + Arbeit.

*Fazit:*

Der größte Fehler war, dass die Regierung nach dem Machtwechsel 1978 versucht hat mit dem Brecheisen zu sozialisieren. Das Volk wollte nicht, dass auch Frauen alphabetisiert werden. Die Mehrheit wollte keinen Sozialismus, auch keine Lösung der Frauenfragen. Die Menschen wollen auch keinen „Way of Life“ nach westlichem Vorbild.

## **18 – Punkte Plan von Dr. Matin Baraki**

Die freie Welt führt seit mehr als dreißig Jahren einen verdeckten und seit zehn Jahren einen offenen Krieg gegen Afghanistan. Damit hat sie das gesamte Gefüge der afghanischen Gesellschaft zerstört. Die Infrastruktur, die ökonomischen, politischen und sozialen Fundamente des Landes vernichtet bzw. so aus dem Gleichgewicht gebracht, dass die Gesellschaft am Hindukusch auf unabsehbare Zeit nicht funktionsfähig sein wird. Es ist längst an der Zeit, über Alternativen zum NATO-Krieg nachzudenken. Folgende Thesen sollten dazu als Diskussionsgrundlage dienen:

1. Ein einseitiger und bedingungsloser Waffenstillstand der NATO, zunächst für die Dauer von mindestens sechs Monaten.
2. Ablösung der NATO-Einheiten durch eine International Security Assistance Force (ISAF) bestehend aus Einheiten der islamischen und Blockfreien Staaten.
3. Auflösung aller NATO-Militärbasen und Stützpunkte sowie diesbezüglich geschlossener Verträge mit der Kabuler Administration.
4. Eine nationale Versöhnungspolitik mit allen politischen und militärischen Gruppen, einschließlich der islamisch geprägten, wie den Taleban, der Hesbe Islami von Gulbudin Hekmatyar und dem Haqani-Netzwerk.

5. Bildung einer Wahrheitskommission nach dem Muster von Südafrika.
6. Auflösung aller militärischen, paramilitärischen Verbände der Warlords sowie der ausländischen und afghanischen privaten Sicherheitsfirmen.
7. Vorbereitung von landesweiten Wahlen z.B. in den Dörfern, Kreisen, Bezirken usw. zu einer nationalen Loya Djerga (Ratsversammlung), unter der Kontrolle unabhängiger internationaler Organisationen, wie Friedens-, Frauen-, Studenten- und Gewerkschaftsbewegungen.
8. Konstituierung einer vom Volk gewählten Loya Djerga, jedoch keine Ernennung von irgendwelchen Abgeordneten durch den Präsidenten.
9. Auf dieser Loya Djerga sollen dann eine provisorische Regierung und Kommissionen zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes basierend auf der Abschaffung des Präsidialsystems sowie eines Wahl-, Parteien- und Gewerkschaftsgesetzes gewählt werden.
10. Durchführung von allgemeinen, freien und von unabhängigen Gremien kontrollierten Parlamentswahlen.
11. Wahl einer neuen Regierung unmittelbar durch das Parlament, ohne vorherigen Vorschlag des noch amtierenden Interimsministerpräsidenten.
12. Abschaffung der Politik der offenen Tür und Einleitung einer auf dem nationalen Interesse basierenden Wirtschafts-, Finanz-, Zoll- und Steuerpolitik.
13. Maßnahmen zum Wiederaufbau des zerstörten Landes, wofür ein Viertel der NATO Kriegskosten aufzuwenden wären. Diese Mittel sollen auf einem unter unabhängiger Kontrolle stehenden Treuhandkonto geparkt und nur projektgebunden verwendet werden.
14. An den Wiederaufbaumaßnahmen sollten die Nachbarn Afghanistans bevorzugt beteiligt werden. Dies wird die regionale Kooperation und Stabilität fördern.
15. In der Region um Afghanistan soll auf eine mittel-südasiatische Union hingearbeitet werden. Neben Afghanistan sollen ihr die vier mittelasiatischen Länder, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan, sowie Iran, Pakistan und Indien Angehören. Denn alle diese Länder haben viele Gemeinsamkeiten, wie Sprache, Religion und sogar Geschichte.
16. Als vertrauensbildende Maßnahme soll Afghanistan als erstes Land nach etwa fünf Jahren seine nationale Armee auflösen.
17. Eine mittel-südasiatische Union könnte zumindest zu einer endgültigen Lösung des Kaschmir - Konfliktes zwischen Indien und Pakistan und des Konfliktes um die Durand-Linie zwischen Afghanistan und Pakistan

beitragen.

18. Dann wäre es an der Zeit, die Atomarsenale Indiens und Pakistans abzuschaffen. Dadurch könne eine der konfliktreichen Regionen des asiatischen Kontinents zur Zone des Friedens, der Stabilität und der Prosperität werden.

(1) Die Anschläge des 11. September 2001 wurden zum Anlass des Krieges gegen Afghanistan, obwohl dieser lange vorher geplant war. Wie die Washington Post am 19. Dezember 2000 berichtete, hatte die Clinton-Administration schon neun Monate vorher einen Krieg am Hindukusch in Erwägung gezogen. Hierüber gab es Konsultationen mit den Regierungen Russlands und Usbekistans. Da die usbekische Regierung sich weigerte, ihr Territorium für eine US-Aggression gegen Afghanistan zur Verfügung zu stellen, musste der Krieg zunächst verschoben werden. Vgl. Elf Jahre Krieg und Besatzung in Afghanistan

(2) International Security Assistance Force (ISAF) vgl. Wikipedia

Die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (aus englisch International Security Assistance Force, kurz ISAF) ist eine Sicherheits- und Aufbaumission unter NATO-Führung im Rahmen des Krieges in Afghanistan seit 2001. Die Aufstellung erfolgte auf Ersuchen der Teilnehmer der ersten Afghanistan-Konferenz 2001 an die internationale Gemeinschaft und mit Genehmigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Resolution 1386 vom 20. Dezember 2001). Der Einsatz ist keine friedenssichernde Blauhelm-Mission, sondern ein sogenannter friedens erzwingender Einsatz unter Verantwortung der beteiligten Staaten. ISAF sollte ursprünglich vollständig vom Einsatz Enduring Freedom getrennt operieren. Die ISAF darf alle Mittel, auch Waffengewalt, anwenden, sofern dies zur Erfüllung der Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrats notwendig ist.

Das UN-Mandat wurde mehrfach zeitlich verlängert und inhaltlich erweitert, die letzte Erneuerung wurde am 12. Oktober 2011 durch die Resolution 2011 des UN-Sicherheitsrates vorgenommen. Erstreckte sich das Operationsgebiet der ISAF zunächst nur auf Kabul und Umgebung, so wurde es schrittweise von Oktober 2003 bis zum 28. September 2006 auf weitere Teile des Landes ausgedehnt.

---

## Impressum

Der pax-christi-Rundbrief wird kostenlos an alle Mitglieder der katholischen Friedensbewegung pax christi im Bistum Trier verschickt.

V.i.S.d.PG: Albert Hohmann -Texte und Fotos von: Begleitheft Pilgerweg, atomwaffenfrei.de, Waltraud Andruet, Dr. Matin Baraki, Bischof Algermissen, Heribert Böttcher, Hans Hermann Bohrer, Albert Hohmann, Ingrid Schäfer, Samantha Staudte, Peter Weinowski, Egbert Wisser, Konto:3002902019 bei Pax Bank, BLZ 37060193

## **Eine Reportage aus Afghanistan 2013**

Von Matin Baraki

*„Es ist immer wieder erstaunlich,  
wie schnell sich eine miserable Gegenwart  
in eine gute alte Zeit verwandelt.“ Gustav Knuth.*

Ein Dach und zwei Wetter, besagt ein afghanisches Sprichwort. Ein Islam und zwei Interpretationen, nennen es kritische Beobachter in Afghanistan- Pakistan. Für Ende März war ein Treffen der höchsten afghanischen und pakistanischen Geistlichen vorgesehen. Daraus wurde jedoch nichts. Die afghanischen sollten die pakistanischen religiösen Führer davon überzeugen, Selbstmordattentate als unislamisch zu verurteilen. Jedoch die pakistanischen Geistlichen, die den Kampf der Taleban als Djehad (Heiligen Krieg) gegen fremde Besatzer ansehen, waren nicht bereit, den afghanischen Vorstellungen zu folgen. Der Präsident des islamischen Rates Pakistans, Taher Mohammad Aschrafi, hatte schon am 1. März 2013 in einem Fernseh-Interview die ablehnende Haltung seiner Organisation bekräftigt, die mit der Position des pakistanischen Geheimdienstes Interservice Intelligence (ISI) übereinstimme, wie die Afghanen behaupteten. Sowohl die Karsei-Administration als auch die NATO-Führung spielten Aschrafis Aussage so hoch, dass am 4. März Karsei und der NATO-Generalsekretär Rasmussen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Kabul dazu aufriefen, ihn auf die Terrorliste der „internationalen Gemeinschaft“ zu setzen. Interessanterweise stellte auch der Sprecher der afghanischen Zivilgesellschaft, Saied Ismael Sokhanwar, vor der Presse in Kabul exakt die gleiche Forderung auf. Zivilgesellschaft und NATO, das sei doch wie Feuer und Wasser bemerkten kritische Kommentatoren in Kabul. Es könne zwischen beiden keine übereinstimmenden Positionen geben, ihr Verhalten untergrabe die Autorität der Zivilgesellschaft. Da sie ohnehin im Verdacht stehe, nur als Aushängeschild für die Besatzer und die Kabuler Administration zu fungieren, wäre ihr anzuraten, sich nicht zu sehr anzubiedern. Die pakistanischen Geistlichen vermuteten hinter der ganzen Sache ohnehin die Karsei-Clique und ihre Schutzmacht USA.

Die gegenseitige Polemik zwischen den afghanischen und pakistanischen Administrationen verschärft die bestehenden Spannungen noch mehr. Die Karsei-Administration wirft Pakistan vor, nicht genügend gegen den Zufluss der Taleban nach Afghanistan zu unternehmen. Darüber hinaus hat die afghanische Polizei pakistanische Staatsbürger, die in Afghanistan auf der Suche nach einer Tätigkeit sind, festgenommen, verprügelt, ihre Pässe zerrissen und sie des Landes verwiesen. Daraufhin hat Pakistan seit kurzem für afghanische Staatsbürger, die nach Pakistan reisen möchten, die

Visapflicht eingeführt. Das hat zu einem riesigen bürokratischen Problem für alle Seiten geführt. Zuerst müssen die Afghanen sich Pässe besorgen. Das kostet nicht nur Gebühren, sondern ist selbstverständlich auch noch mit Bakschisch verbunden. Dann müssen sie vor den pakistanischen Konsulaten stundenlang Schlange stehen, zunächst um den Visaantrag einzureichen. Erst nach etwa einer Woche bekommen sie die Einreisevisa. Doch das ist noch nicht einmal das Ende der Qual. An der afghanisch-pakistanischen Grenze bildet sich wegen der strengeren Kontrolle nochmals eine endlose Schlange. Für die Fahrt von Kabul nach Peschawar brauchten die Reisenden zuvor knappe sechs Stunden. Nun müssen sie über acht Stunden Zeit in Kauf nehmen. Darunter leiden am meisten Kinder, ältere Menschen und besonders Kranke, die wegen schwerer gesundheitlicher Probleme zur Behandlung nach Pakistan reisen müssen.

Maulawi Faqir Mohammad, Stellvertreter des Vorsitzenden der pakistanischen Taleban „Tahrike Taleban“, der in Kabul inhaftiert ist, sollte an Pakistan ausgeliefert werden. Im Gegenzug verlangt die Kabuler Administration die Freilassung von Mullah Beradar. Dieser hatte im letzten Frühjahr Verhandlungen der Taleban mit der Administration am Hindukusch über eine politische Lösung des inner-afghanischen Konfliktes angekündigt. Daraufhin wurde er von der pakistanischen Regierung verhaftet. Pakistan fühlte sich durch Beradars Alleingang hintergangen. Da die pakistanische Regierung an einer künftigen politischen Lösung am Hindukusch beteiligt werden und ihre Interessen dort berücksichtigen möchte, wird sie separate Verhandlungen nicht dulden. Der Kabuler Administration fällt es schwer dies zu verstehen, geschweige denn, zu akzeptieren. Fakt ist jedoch, dass ohne Beteiligung Pakistans, keine tragbare Lösung des Afghanistans-Konfliktes mit nachhaltiger Wirkung denkbar ist.

Die Vereinigten Staaten verstoßen seit Jahren regelmäßig durch ihre Drohneinsätze gegen die Souveränität unseres Staates, stellen übereinstimmend Pakistanis aller Schattierungen fest. Selbst von einem Beschluss des Pakistanischen Parlamentes lässt sich die Obama-Administration nicht beeindrucken. Dabei nehmen die USA für den Tod eines einzigen mutmaßlichen Widerständlers, die sie pauschal als Taleban bezeichnen, wie jüngst z.B. 18 zivile Opfer in Kauf. Nach offiziellen US-Angaben sind über 3000 Menschen getötet worden. Die Pakistaner gehen von der 2- bis 3fachen Opferzahl aus. Deswegen sind die USA in Pakistan so verhasst, dass die islamischen Würdenträger des Landes einer Maßnahme, die zur Isolierung der Taleban beitragen könnte, auf keinen Fall zustimmen werden, wenn sie ihr Ansehen in der Bevölkerung nicht beschädigen wollen .. Ausgerechnet in so einer spannungsgeladenen Situation drohte die US-Administration der pakistanischen Regierung mit Wirtschaftssanktionen, sollte sie das verein-

barte Gas-Pipeline-Projekt zwischen Iran und Pakistan, das während der Reise des pakistanischen Präsidenten Ali Asif Sardari Ende Februar 2013 in Teheran vereinbart wurde, umsetzen wollen. Pakistan ließ sich dadurch nicht beirren. In Anwesenheit der Präsidenten Irans und Pakistans begann am 12. März 2013 feierlich die Verlegung der Rohre Richtung Pakistan mit traditionellen Tänzen und Musik. Durch die ständige Zunahme der Bevölkerung und den wachsenden Bedarf der pakistanischen Industrie an Energie, ist das Land darauf angewiesen, Energie aus dem Ausland zu importieren. Da das UNOCAL-Projekt von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan vorläufig gescheitert zu sein scheint, muss Pakistan diesbezüglich andere Möglichkeiten in Erwägung ziehen. Um Iran wirtschaftlich zu schädigen, nehmen die USA keinerlei Rücksicht auf die explosive innenpolitische Lage ihres wichtigen strategischen Verbündeten im südasiatischen Raum. Die Verhinderung dieses Projektes durch ein US-Veto wäre eine solche Blamage für die politische Klasse in Islamabad, dass dadurch das Land innen- und außenpolitisch schwer beschädigt werden würde .. Wer seine Nase beschädigt, beschädigt sein Gesicht, lautet ein flämisches Sprichwort. Aber bekanntlich versteht man ja in Washington kein Flämisches.

Der Rat der afghanischen Geistlichen hat sich noch einmal im Zusammenhang mit der Übergabe der Haftanstalt Bagram an die Kabuler Administration und mit den Verträgen mit der NATO insbesondere mit der US-Armee im Sinne der Karsei-Administration ausgesprochen. Dies wurde am 23. März sowohl von der Opposition als auch von zahlreichen Parlamentariern kritisiert. Der Rat sei zum Instrument des Präsidenten Karsei verkommen. Mit der Übergabe eines Gefängnisses werde Afghanistan nicht souverän, wenn Dutzende weitere immer noch von der US-Armee kontrolliert würden, bemängelte der Abgeordnete Ramazan Baschardost.

Warlord Ismael Khan, Minister für Energie und Wasser, plädierte auf einer Veranstaltung in der westlichen Stadt Herat ebenfalls für die Verhinderung der Militär-Verträge mit den NATO-Ländern, insbesondere mit den Vereinigten Staaten. Schon im März 2012 hatte Esmael Khan dem Kabuler Präsidenten die Legitimation abgesprochen, solche Verträge zu unterschreiben. Er befürwortete diesbezüglich eine Volksbefragung. Darüber hatte ich schon während meines letztjährigen Aufenthaltes vor Ort berichtet. In letzter Zeit herrscht ohnehin Verstimmung zwischen der Kabuler Administration und der NATO. Die Besatzer wollen ihre militärische Infrastruktur nach dem Abzug der Kampftruppen im Jahre 2014 zerstören. Die Kabuler Administration möchte sie gerne unversehrt übernehmen. General Mohammad Zaher Azimi, Sprecher des Verteidigungsministeriums, teilte Mitte März mit, dass fremde Mächte nicht das Recht hätten, Gebäude auf afghanischem Boden zu

zerstören. Ob die NATO sich davon beeindruckt lässt, muss noch abgewartet werden.

Der Kampf um den Kopf des toten Kalbes, nennen die Afghanen den schon begonnenen Wahlkampf um das Präsidentenamt am Hindukusch im Herbst 2014. Es geht auch jetzt wieder um Postenverteilung. Asef Mohseni, Präsident der schiitischen Hesse Wahdat (Einheitspartei), warf am 1. März 2013 auf einer Wahlkampfveranstaltung Hamid Karsai vor, nach den letzten Wahlen seiner Partei lediglich drei bedeutungslose Ministerposten überlassen zu haben. Interessanterweise verlangen alle politischen Parteien - zumindest verbal - saubere Wahlen. Haltet den Dieb schreien alle Diebe, sagen die Afghanen, die seit 2001 viele solche Wahlen erlebt haben. Ahmad Wali Masud, der in der letzten Amtsperiode erster Stellvertreter Karsais war und während seiner Amtszeit auf dem Dubai Flughafen mit 50 Mio. \$ in seinem Handgepäck festgenommen worden war, erinnerte auf derselben Wahlkampfveranstaltung am 1. März an die unrechtmäßige Entmachtung des damaligen Präsidenten Burhanuddin Rabbani auf dem Petersberg im Dezember 2001, verschwieg jedoch, dass gerade die drei Warlords der Nordallianz, zu deren Gruppe auch Masud selbst gehörte, nämlich Abdullah Abdullah, Mohammad Junus Qanuni und Mohammad Qasim Fahim für die Ministerposten Außen, Innen und Verteidigung ihren eigenen Präsidenten geopfert hatten. Rabbani wurde so einfach weggefegt, wie ein gebrauchtes Taschentuch und damit auf den Müllhaufen der Geschichte befördert. Da er vor einem Jahr von einem Selbstmordattentäter getötet wurde, versuchen die Warlords der Nordallianz Rabbani nun für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Mahmud Karsai, ein Bruder des jetzigen Präsidenten verlangte am 8. März prophylaktisch, dass sich die Kandidaten für das Amt des Präsidenten per Unterschrift verpflichten sollten, die Wahlergebnisse ohne Widerspruch zu akzeptieren. So könnte dann die Familie Karsai ihren Betrügereien, einen geregelten und abgesicherten Rahmen verleihen, meinten politische Beobachter in Kabul. Nach der Verfassung darf Präsident Karsai nicht zum dritten Mal für das Amt kandidieren, trotzdem ist eine Medwedjew-Putin Variante für die übernächste Präsidentschaftskandidatur nicht ausgeschlossen, wenn sein Bruder Abdul Qaium Karsai die Wahlen gewinnen sollte.

Bis jetzt sind folgende Präsidentschaftskandidaten im Gespräch: Aschfar Ghani Ahmadzai, ein US-Bürger und erster Finanzminister Kabuls nach der Vertreibung der Taleban, z.Zt. Koordinator für den Abzug der NATO-Kampfeinheiten aus Afghanistan. Was er genau macht, weiß aber niemand. Da er sich als ehemaliger Manager der Weltbank für afghanische Verhältnisse als Kompetenter hervorgetan hatte, musste Karsai ihn irgendwie unterbringen. Abdullah Abdullah, erster Außenminister und Leiter der nach dem ermordeten Panjshiri Warlord benannten Stiftung Ahmad Schah Masud. Ramazan

Baschardost, ein Franko-Afghane, der nach kurzer Tätigkeit als Planungsminister entlassen wurde und Parlamentsabgeordneter ist. Sehr wahrscheinlich hat er eine maoistische Vergangenheit und gilt als Populist. Zalmi Khalilzad, ein gebürtiger Afghane und ein NEOCON-Politiker, der in der Bush-Ära u.a. US-Botschafter in Afghanistan war. Mohammad Omar Sakhelwal, z.Zt. Finanzminister und ein US-Mann, sowie Ahadi, Handels- und Gewerbe- minister .. Warlord, Kriegsverbrecher und Drogenboss Mohammad Atta Nur, z.Zt. Gouverneur von Balkh und der US-Bürger und CIA-Mann mit Geschäftssinn, Abdul Qaium Karsei, der ältere Bruder des jetzigen Kabuler Präsidenten Hamid Karsei.

Dieser hat am 6. März nach der Winterpause die 16. Session des Parlamentes eröffnet, wobei er u.a. auf die letzten Präsidentschaftswahlen einging. Die Fälschungen bei den Wahlen seien nicht von ihm veranlasst worden, sondern durch die Interventionen der Khareji (Ausländer) im Wahlverlauf entstanden. Er wolle als ein ehrlicher Präsident in die afghanische Geschichte eingehen. Deswegen sollte die nächste Präsidentschaftswahl, bei der sein älterer Bruder als Kandidat gilt, sauber sein. Wie unverfroren muss ein Mensch sein, das er so etwas behaupten kann ohne rot zu werden, während er seit 2001 jeweils nur durch Drohung, Stimmenkauf und Betrug ins Amt gekommen ist. Er ging auch auf die Lage der Gefangenen in dem nördlich von Kabul liegenden US-Stützpunkt Bagram ein, wo auf Verdacht über 4000 Menschen ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden. Bagram wird am Hindukusch als afghanisches Abu Graib bzw. afghanisches Guantánamo bezeichnet. Die Foltermethoden wurden erst in Bagram praktiziert „Wir wissen, dass dort auch unschuldige Menschen sitzen, die ich nach der Übernahme des Lagers, freilassen werde“, sagte Karsei hochnäsiger. Die Übergabe an die Kabuler Administration war für den 9. März vorgesehen. Daraus wurde jedoch nichts, weil die USA die Übergabe in letzter Minute gestoppt haben. Die Besatzungsmacht USA und ihre Marionette, die Karsei-Administration konnten sich noch nicht über die Modalitäten einigen. Karsei rief am 15. März die USA ultimativ auf, bis Ende der Woche die Übergabe des Lagers zu vollziehen. Die US-Administration ließ Karseis Schau unbeeindruckt. Erst am 25. März wurde Bagram an die afghanischen Behörden übergeben. Über die Bedingungen wurde jedoch nicht bekannt. Anonyme Militärs gaben an, dass zwischen 80 bis 90 Gefangene auch in Zukunft ausschließlich unter der Kontrolle der US-Militärs bleiben werden. Diese Personen dürfen weder freigelassen werden, noch einen ordentlichen Prozess erhalten, wie Karsei vollmundig angekündigt hatte. Kritische Beobachter in Kabul sprachen davon, dass die US-Armee, die ihnen unangenehme Gefangenen schon vor der Übergabe in andere US-Gefängnisse, z.B. nach

Qandahar verlegt hätten. Nun würde der Karsei-Administration eine fast leere Anstalt überlassen.

Da Hamid Karsei den Afghanen nichts anzubieten hat und als US-Pudel verschrien ist, versucht er nun am Ende seiner letzten Amtszeit, sein völlig ramponiertes Ansehen aufzupolieren. Er wolle mit einer sauberen Weste in den Ruhestand gehen. Das nimmt ihm aber niemand ab. Das einzige Mittel, was ihm Wirkung zu zeigen verspricht, ist gegen die verhassten US-Besatzer zu polemisieren. Damit möchte er sowohl beim bewaffneten Widerstand als auch in der Bevölkerung punkten. Die US-Administration rege sich nur verbal auf, meinen viele Afghanen, die ich darauf angesprochen habe. Beobachter in Kabul gehen davon aus, dass es möglicherweise zwischen Karsei und seiner Schutzmacht USA eine geheime Absprache gibt. Jeder darf sich aufregen und keiner meint es wirklich ernst. Aber auch die Opposition nutzt die Verbalattacken Karseis gegen die USA in ihrem Sinne, um Wähler für sich zu mobilisieren. Sie beschuldigt Karsei laufend der Kungelei mit den Taleban. Unmittelbar vor der bis zur letzten Minute geheim gehaltenen Reise des US-Verteidigungsministers Chuck Hagel nach Kabul wurde am 11. März ein Selbstmordattentat vor der nur für die zivilen Mitarbeiter vorgesehenen Eingangstür des afghanischen Verteidigungsministeriums ausgeübt. Es kamen dabei zahlreiche Zivilisten ums Leben. Das Attentat den Taleban zu zuordnen, nütze den Gegnern Afghanistans, erklärte Hamid Karsei in einer Rede. Diese Äußerung veranlasste sowohl den US-Botschafter in Kabul, James Cunningham, als auch die Opposition sowie die Zivilgesellschaft zu scharfen Reaktionen. Cunningham nannte diese Aussage Karseis am 12. März inakzeptabel.

Am selben Tag setzte Karsei noch eins drauf. In einer Rede in Helmand warf er den USA eine Zusammenarbeit mit den Taleban vor. „Sie trinken gemeinsam Tee und Kaffee und handeln gegen Afghanistan“, sagte er wörtlich. Die Vereinigten Staaten betrieben eine Geheimdiplomatie bezüglich des Afghanistan-Konfliktes, meinte er. Der Sprecher Karseis trat am 19. März mit der Erklärung vor der Presse, dass die NATO-Präsenz in Afghanistan sinnlos und unvernünftig sei. Da sie außer Krieg und Zerstörung von Häusern nichts anderes bewirkt habe. Als ich daraufhin die um mich versammelten Dorfbewohner fragte, was sie vom NATO-Abzug hielten, sprachen sie sich übereinstimmend für den Abzug aus. Weil die NATO-Soldaten nächtens fremde Häuser überfallen, wo Frauen ungeschützt schlafen, meinte stellvertretend Maksufa, eine ältere, analphabetische Frau. Diese Hausdurchsuchungen sind in Afghanistan vergleichsweise so verhasst wie die US-Drohneneinsätze in Pakistan.

In den bundesdeutschen Medien und durch Politpropagandisten wird in den NATO-Ländern die Eröffnung von Schulen in Afghanistan nach der Vertrei-

bung der Taleban als eine der großen Leistungen der Besatzer hervorgehoben. Am 2. März sprach ich mit Frau Khatol, einer Lehrerin der Schina-Mädchen-Oberschule bei Kabul. Sie berichtete über das niedrige Niveau der Schulen im Allgemeinen. Es gäbe Absolventinnen, die nicht einmal in der Lage seien, in ihrer Muttersprache richtig zu schreiben. Da sie aber Kinder der Lehrenden sind, werden sie dennoch in die höheren Klassen versetzt. Es gäbe in der Schule keine einzige Lehrerin mit Hochschulabschluss. Sie hätten lediglich Abitur und erst nach dem Dienst besuchen sie Weiterbildungskurse. Didaktisch seien sie Analphabeten. Sie selber sei Paschtunin, deswegen lehre sie die Sprache Paschto. Erfahrungsgemäß dürfte sie auch selbst von der Grammatik, Orthographie und Didaktik kaum Kenntnisse haben. Wenn selbst am Rande von Kabul solche mangelhaften schulischen Verhältnisse herrschen, kann man sich unschwer vorstellen, wie es in den abgelegenen Provinzen Afghanistans aussieht. Hamid Karsei hat am 23. März das neue Schuljahr eröffnet. Während er für die Zerstörung der Schulen die Taleban, die er am 21. März noch als Brüder bezeichnete hatte, verantwortlich machte, behauptete Erziehungsminister Faroq Wardag auf derselben Veranstaltung das Gegenteil. Anscheinend weiß in der Kabuler Administration die rechte Hand nicht, was die linke tut. Übrigens sind in Afghanistan immer noch über 450 Schulen geschlossen, wie die Presse in Kabul zum Schulbeginn meldete.

Das Sondergericht bezüglich der Korruptionfälle bei der Kabul-Bank hat am 5. März 2013 den ehemaligen Präsidenten Khalilullah Ferosi zu fünf Jahren Haft und zur Zahlung von 278 Mio. 573 000 \$ verurteilt. Ein weiterer Manager, Scher Khan, wurde ebenfalls zu fünf Jahren Haft und zu 530 Mio. 988 000 \$ verurteilt. Von einer Verurteilung des Bruders des Kabuler Präsidenten Karsei, Mahmud Karsei, der ebenfalls bei der Angelegenheit eine führende Rolle gespielt hatte, war keine Rede. Insgesamt wurden 21 Personen verurteilt, 16 von ihnen laufen munter frei herum. Die gemeinsame Kommission zur Bekämpfung der Korruption findet das Strafmaß zu niedrig. Das Sondergericht verbittet sich jede Einmischung in dieser Angelegenheit, meldeten afghanische Medien am 19. März. Sowohl die USA als auch Großbritannien hatten die Entscheidung des Gerichtes zur Kabul-Bank schon am 5. März begrüßt. Mahmud Karsei verlangte eine rechtskonforme Entscheidung des Gerichtes, was immer er auch darunter verstehen mag. Alles anderes wäre eine so gesetzeswidrige Entscheidung, wie es in ganz Afghanistan gang und gäbe sei, sagte er Tolo-TV am 6. März. Es gab zahlreiche Stimmen in Kabul, die das Sondergericht als ein von Präsident Karsei bestelltes Gremium einstufte. Am 7. März wurde in den Kabuler Medien berichtet, dass auch der neue Präsident der Kabul-Bank, Masud Ghasi, inzwischen 5, 8 Mio. \$ auf sein Privatkonto nach Dubai transferiert hat.

Auch in Afghanistan wurde der Internationale Frauentag am 8. März begangen. Gesprochen haben aber nur Männer. Als erstes wurden eine längere Rede des US-Botschafters in Kabul, James Cunningham, und einige Bemerkungen des 2. Stellvertreters von Karsei, Warlord Khalili, von Tolo-TV ausgestrahlt. Im Parlament haben am 9. März bei der Vorstellungsrunde der Kandidaten für das Präsidium des Unterhauses (Schuraie Milli) nur zwei Abgeordnete, darunter Frau General Nilofar Ibrahimy zum Frauentag Stellung genommen. Die Frauen sollten ihr Recht bekommen, meinten die Abgeordneten, jedoch nur im Rahmen des islamischen Rechts. Was sie mit dem islamischen Recht meinten, haben sie ausdrücklich nicht erklärt. Gemeint ist aber die Scharia. Da die Scharia nur ein einziges Mal als Begriff im Koran vorkommt, kann jeder sich darauf berufen und sie nach eigenem Gutdünken interpretieren, wie es ihm passt. Das ist ein Kaugummi-Paragraph in der islamischen Rechtsprechung. Beinhaltet sind u.a. Steinigungen von Frauen bei Ehebruch bis zum Abhacken der Hände von Dieben und viele weitere barbarische Strafmaßnahmen. Bei einer Veranstaltung über die Rolle der Frauen in der afghanischen Wirtschaft wurde von der Handelskammer des Landes hervorgehoben, dass die Frauen beim Handelreiben mit vielen Hindernissen zu kämpfen hätten. Bei dieser Veranstaltung sprach auch der Minister für Handel und Gewerbe, Nurulhaq Ahadi, über dieses Problem. Ahadi war noch im März letzten Jahres Finanzminister. Da ihm Korruption vorgeworfen wurde, versetzte ihn Karsei in das andere Ministerium. Auch eine gute Adresse für Bakschisch der ersten Klasse. Weil Ahadi ein US-Mann ist, hat er auch in der Zukunft nichts zu befürchten.

Bei meiner täglichen Joggingrunde bin ich am 7. März einem aus Kabul kommenden Afghanen am Rande des nicht besonders grünen Fußballplatzes in einem verstärkt von afghanischen Migranten bewohnten Stadtteil Peschawars begegnet. Da es im neuen Afghanistan nicht möglich ist, Herzbeschwerden angemessen zu behandeln, musste der gesprächsfreudige Landsmann nach Pakistan kommen. Es hatte kurz zuvor geregnet, und die Luft war etwas besser als sonst. Wie schön grün der Platz und wie gut die Luft sei, hob der mir unbekannt kranke Mann hervor. In Kabul gäbe es kaum solche Örtlichkeiten und die Luft sei sehr dreckig und stinke furchtbar. Die neue, vom Westen eingesetzte und zum Teil von dort importierte, afghanische Elite habe nicht nur unser Land an die Amerikaner verkauft, sondern uns auch die Luft zum Atmen genommen, stellte er resigniert fest. Unsere Kinder würden durch die schmutzige Luft (Smog) krank. Inzwischen gäbe es komische Krankheiten, die bei uns vorher völlig unbekannt waren. Wenn unsere Frauen abends vergäßen, ihre frisch gewaschene Wäsche reinzuholen, könne man sie nicht mehr anziehen. Auf der Wäsche liege eine Schicht von Ruß und Staub. Es müsse alles noch einmal gewaschen werden. Im heutigen Afghanistan fehle

es an Patrioten, betonte er. Die aus dem Exil zurückgekommenen Afghanen, ausgestattet mit ausländischen Pässen, raubten das Land aus. Die mehr als 50 Mrd. €, die aus dem Ausland nach Afghanistan geflossen sind, würden von hohen Politikern und Staatsbeamten abgezweigt. Entweder würden sie auf Dubaier Banken transferiert oder in Dubai bzw. in Neu Delhi in Immobilien investiert. Da sie ihre Zukunft nicht mit Afghanistan verbinden, haben sie auch kein Interesse im eigenen Land zu investieren. Unsere Großväter hätten die Angres (Briten) im 19. Jahrhundert aus dem Lande vertrieben. Die jetzige Elite wolle, dass die Besatzer, wozu auch die Angres gehören, noch länger am Hindukusch bleiben. Knechtschaft sei im neuen Afghanistan zur Tugend geworden. Die da oben dächten nur an sich und an ihren Kontenstand in Dubai. Sie hätten das Volk buchstäblich ausgesaugt. Der Mann, den ich als etwa um die 60 Jahre alt schätzen würde, erzählte mit einem außergewöhnlichen Temperament von den guten alten Zeiten Kabuls, als dort noch Ruhe und Sicherheit geherrscht, und die gute Luft des Kabultals die Stadt in einen Kurort verwandelt hätte. Der Mogulkaiser Babur hätte nicht ohne Grund Kabul als seine Sommerresidenz gewählt. Im Frühjahr begingen die Bewohner Kabuls die Melae Gule Arghawan (Fest der purpurroten Blume), das sich im Laufe der Zeit zu einem Volksfest entwickelt hat, wie das Nauwruz-Fest (Neujahr) in Masare Scharif, jedoch ohne religiöses Pathos. Seit 2001 sei Kabul zu einer der hässlichsten Städte der Welt gemacht worden – Schutzmauern, Absperrungen, Stacheldraht, wie in einem Hochsicherheitsgefängnis und überall Checkpoints von Militär und Polizei. Totales Chaos auf den Straßen, die noch befahren werden könnten und nicht gesperrt seien.

Da es mir zunehmend kälter wurde, musste ich mich von dem enthusiastischen Erzähler aus Kabul verabschieden. Es war ein trauriger Abschied. Erstaunlich, wie zwei völlig unbekannte Menschen, sich in wenigen Minuten so nah kommen können und sich auf Anhieb verstanden, ähnliche Erinnerungen an Kabul lebendig werden ließen, und sich dann zwangsläufig, mit feuchten Augen und einem festen Händedruck, auf nimmer Wiedersehen, verabschiedeten. Es war dann schon später Nachmittag. Die Taleban hatten inzwischen Pause und saßen, in einer Reihe neben einander, wie Hühner auf einer Stange. Als ich an ihnen vorbeilief, sagte einer: „der ist hier neu“. Oh, dachte ich, du bist aufgefallen. Mein Bart war noch nicht gewachsen. Es wurde mir doch etwas mulmig zumute, und nach der Runde ging ich doch lieber nach Hause. Obwohl ich immer von meinem „Body Guard“ begleitet werde, ist dennoch Vorsicht angebracht. Denn, Entführungen sind an der Tagesordnung.

In der Provinz Maidan-Wardag kam es am 9. März zu einem großen Protest der Bevölkerung gegen die Einsätze der Sondereinheiten der US-Besatzer. Es sind eigentlich von der US-Armee angeheuerte, bezahlte und gelenkte

einheimische Söldner, die wie marodierende Banditen agieren. Sie hätten in letzter Zeit neun Menschen verschwinden lassen, sogar einen Schüler in der Nacht aus dem Haus seiner Eltern entführt. Seine Leiche fand man dann zwei Tage später mit Folterspuren und durchgeschnittener Kehle unter einer Brücke. Es wurde den Einheiten vorgeworfen, willkürlich „unschuldige Menschen festzunehmen, zu foltern und sogar zu töten“. US-Militärs seien kürzlich Fotos und Videos über die Taten ihrer Söldner übergeben worden, erklärte der Sprecher des Kabuler Präsidenten, Aimal Faizi, auf einer Pressekonferenz. Über 82% der Folterfälle ist nicht einmal nachgegangen worden. Da es in 19 von 34 Provinzen Afghanistans überhaupt keine Rechtsanwälte gibt, haben die betroffenen Familien keine Möglichkeit ihrem Recht Geltung zu verschaffen. Nach jedem Protest aus der Bevölkerung verspricht Hamid Karsei, solche Fälle durch eine Sonderkommission untersuchen zu lassen. In der Regel bleibt es jedoch bei dieser Ankündigung oder man erfährt nie, was bei der angeblichen oder tatsächlichen Untersuchung herausgekommen ist.

Die Panjscheri-Warlords, die sich Schora-e Nezar nennen, hatten vor etwa fünf Monaten die Bevölkerung meines Wohnortes Schina unter falschem Etikett zu einer Wahlveranstaltung nach Kabul eingeladen. Als dann u.a. der Warlord und ehemalige Außenminister Abdullah Abdullah auftrat, verließen die Zuhörer den Saal, erzählte mir Ing. Hamid, ein Bewohner des Dorfes am 12. März .. Die Menschen hätten nicht vergessen, dass die Schora-e Nezar das Dorf Schina Anfang der 90er Jahren regelrecht durch Raketenbeschuss terrorisiert hätte, wobei zahlreiche Familien vollständig ausgerottet wurden. Darüber hinaus hätten sie doch für unser Land nichts getan, als sie seit 2001 an der Regierung waren, teilte mir ein anderer Dorfbewohner wütend mit. Das einzige, was die getan hätten, wäre gewesen, das Land an die USA zu verkaufen.

Der mit der Karsei-Clique verflochtene Haji Nauros versuchte sich mit gefälschter Urkunde das Land um das Dorf Schina anzueignen. Als der Dorfvorsteher Del Aqa sich wehrte, wurde er mit Handschellen abgeführt .. Der geschlossene Widerstand der Dorfbewohner veranlasste die Staatsorgane ihn wieder frei zu lassen. Vor einem Jahr hatten sog. Sicherheitskräfte, wobei es sich um Geheimdienstmitarbeiter und Bodyguards von Karsei und seiner Entourage handelte, große Ländereien in der Umgebung von Schina und dem Nachbardorf Nau Abad einfach beschlagnahmt und darauf schöne Luxushäuser gebaut. Wohnen konnten sie jedoch dort nicht allzu lange. Der politisch orientierte Widerstand hat sie buchstäblich vertrieben, berichtete mir Ing. Hamid, ein Dorfbewohner. Die Häuser werden nun entweder vermietet oder versilbert.

Haji Nabi Khalili, der Bruder des 2. Vizepräsidenten wurde mit der Amtsübernahme der Karsei-Administration beauftragt, im Daschte Bartische (eine riesige Steppe) im Westen von Kabul, etwa 2 Kilometer entfernt vom Darulaman Palast, für Kriegsversehrte eine Unterkunft zu bauen. Nachdem Planung und Infrastruktur abgeschlossen waren, hat Khalili einen Bauplan entwickelt und das Land durch Verkauf an Privatpersonen für sich vergoldet. Seitdem wird das entstandene Städtchen sogar nach ihm benannt. Dies berichtete mir Karimulla, ein LKW-Fahrer, der lange Zeit dort gearbeitet hatte.

Vor einem Jahr hatte ich auf dem Markt in Peschawar einen Tagelöhner fotografiert. Mit ihm war auch ein großer, gut aussehender und gepflegter Anstreicher, der unbedingt einen Abzug seines Fotos haben wollte. Als ich ihn in diesem Jahr wieder aufsuchte, um ihm das versprochene Bild zu geben, war er nicht mehr da. Ein Tagelöhner gab an, dass er nun auf einem anderen Platz stünde und er werde ihn benachrichtigen. Am nächsten Tag kam er mit einem jungen Begleiter. Er sah schlecht, stark verändert und sehr ungepflegt aus, so dass ich ihn kaum wiedererkannte. Als ich ihm sein schönes Foto überreichte, strahlte er über das ganze Gesicht. Ich fragte, wer der junge Mann sei? Mein Sohn, antwortete er. Ob er in die Schule ginge, fragte ich weiter? Nein, ich kann mir nicht leisten, ihn zur Schule zu schicken. Das schmerzt mich bis heute noch so sehr, dass ich bedauere, ihn diesbezüglich gefragt zu haben.

Am 20. März berichtete Tolo-TV über das schlechte Jahr 1391 (2012/13) für afghanische Journalisten. Sie werden durch Regierungspersonal und Geheimdienstmitarbeiter geschlagen, gefoltert und gar getötet, wenn sie sich trauen, kritisch zu berichten. Aber auch die religiöse Opposition und die Besatzer gehören zu ihren Feinden, berichtete ein westlicher Journalist, der am Hindukusch einheimische Kollegen ausbildet.

Am 27. März 2013 hat mich mein vertrauter Taxifahrer Faiz Mohammad zum Flughafen gefahren. Seine erste Frage war, ob ich am 15. März im afghanischen Fernsehen den Bericht über Mohammad Omar, einen 60 Jahre alten Straßenkehrer gesehen hätte. Er war von einem im Haus Nr. 6 im Kabuler Stadtteil Makrorian wohnenden mächtigen Mann, einem Abgeordneten oder so, aufgefordert worden, seinen Privatmüll zu entsorgen. Als er das etwas später machen wollte, kam es zu Streit und einer Messerstecherei, wobei Omar am Kopf tödlich verletzt wurde. Auf dem Weg zu Flughafen erzählte mir der Taxifahrer dann von einer Reise seines Sohnes von Peschawar nach Kabul. Da die Hauptstraße zum Khyber-Pass gesperrt war, musste er einen Umweg über die afghanische nordöstliche Provinz Kapisa, einem französischen Haupteinsatzgebiet fahren. „Ich hatte von den Taleban gehört, aber

jetzt habe ich sie zum ersten Mal erlebt, wie sie bei der Ortschaft Tagab an ihren Checkpoint selbst afghanische Regierungsbeamte kontrollierten“. Trotzdem werde aus Afghanistan kein Talibanistan werden, meinte er. Als am 26. März 2013 der US-Außenminister John Kerry heimlich Kabul besuchte, traf er sich mit einigen wichtigen, handverlesenen Warlords, da-runter Mohammad Jonus Qanuni von der Nordallianz, einem Vertreter der sog. Zivilgesellschaft und der Parlamentsabgeordneten Shokria Barakzei, einer 100%igen Verteidigerin der US-Interessen in Afghanistan. Die USA werde keinen Präsidentschaftskandidaten unterstützen, behauptete Kerry, aber faktisch werden die politischen und militärischen Entscheidungen gleichwohl nicht in Kabul, sondern in Washington getroffen. Unabhängig davon, ob es den afghanischen Patrioten nun gefällt oder nicht, wird das Land am Hindukusch auf unabsehbare Zeit ein Militärprotektorat der NATO-Länder, vor allem der Vereinigten Staaten bleiben. Die kolonialähnlichen Verträge, die sie in Kabul durchgesetzt haben, sprechen eine zu deutliche Sprache.

## **Bike for Peace and New Energies**

### **Die Fahrradfahrer für den Frieden in Saarwellingen vom 28.-31.08.13**

Bereits 2010 war eine Gruppe von Radfahrern von Paris nach Moskau unterwegs gewesen, um auf einer sechswöchigen Tour für den Frieden und internationale Solidarität zu demonstrieren. In diesem Jahr, 2013, hat Waltraud Andruet aus Saarwellingen, hat die ganze Fahrt von Verdun nach Ramstein vom 24. Bis 31. August mitgemacht und zum Teil mit organisiert. Sie zeichnete auch für die Organisation „Friedensnetz Saar“ inkl. pax christi Saar verantwortlich. Ziel der Fahrradfahrt war der Einsatz für ein friedliches Europa, insbesondere am 50. Jahrestag des Elyséevertrages.

Waltraud Andruet berichtet hier über ihre Eindrücke. Sie betreibt mit ihrem Mann, dem Künstler Mario Andruet, in Saarwellingen ein Atelier, in dem die beiden regelmäßig sowohl zu künstlerisch- kulturellen als auch zu gesellschaftskritisch -politischen Veranstaltungen und Diskussionen einladen. Die Friedensfahrer waren einige Tage ihre Gäste in Saarwellingen und nahmen dort an Veranstaltungen für Frieden und Versöhnung teil.

Vom 28. bis zum 30. August machte die internationale Fahrradtour von Verdun nach Ramstein Station in Saarwellingen. Ihr Weg führte von den Verduner Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges über Esch und Trier nach Saarwellingen und Saarlouis. TeilnehmerInnen aus Weißrussland und vielen deutschen Großstädten demonstrierten mit dieser Fahrt für den Frieden und Aussöhnung.

Dieses Jahr war ich das erste Mal von Verdun bis Ramstein mitgeradelt und diese Friedensfahrt wurde etwas Besonderes, weil wir die Friedensradfahrer

in unseren KulturOrt Mario Andruet eingeladen hatten. Dazu hatten wir ein besonderes Kulturprogramm organisiert. Es war eine schöne Erfahrung mit vielen unterschiedlichen Menschen unterwegs zu sein und die vielen Eindrücke von den Besuchen und Erzählungen der unterschiedlichen Einrichtungen waren neben dem Radfahren sehr anstrengend. Unterwegs wurden wir oft von hupenden und winkenden Menschen begleitet. Diese Eindrücke begleiten mich bis heute und erfüllen mich mit Freude und Dankbarkeit.

Wir Friedensaktivisten wurden zunächst von Michael Philippi, dem Bürgermeister von Saarwellingen, empfangen. Wir richteten an ihn die Bitte, den Mayors for Peace, einer weltweiten Initiative des Bürgermeisters von Hiroshima, beizutreten. Mayors for Peace ist eine internationale Organisation von Städten, die sich der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung, verschrieben haben. Ihr Ziel ist, die verbindliche Vereinbarung eines Zeitplans für die Abschaffung aller Atomwaffen zu erreichen und weiterhin den Beschluss einer Nuklearwaffenkonvention durchzusetzen, um eine atomwaffenfreie Welt bis 2020 umzusetzen.

Im und mit unserem Atelier Mario Andruet erwartete die Friedensfahrer am 28. August zunächst ein Friedensfest mit der Gruppe Liedstöckl, die zum Mitsingen einlud, und viele Begegnungen mit Saarwelliger Bürgern. Am folgenden Abend inszenierten wir das gesellschaftskritische Kunstprojekt „Asche und Phönix“, mit einem Monumentalwerk Mario Andruets, begleitet von Texten und Liedern vorgetragen von Wolfgang Winkler und Eva Kell. Im begeisterten Publikum waren auch Nachfahren ehemaliger jüdischer Mitglieder der Gemeinde präsent. In einem Zyklus von zwölf sozialkritischen Bildern, die dann zusammengesetzt ein monumentales Werk ergeben, widmet sich Mario Andruet konsequent dem Thema der Gewalt, dem Holocaust, der Diskriminierung und Ungerechtigkeit, menschlicher Kälte und Verzweiflung, lässt aber auch Hoffnungszeichen zu. Gute und zahlreiche Gespräche über kulturelle, sprachliche und Generationengrenzen hinweg beschlossen diesen Abend.

Wir Biker blieben in Saarwellingen bis zur Verlegung von 19 Stolpersteinen für deportierte und ermordete jüdische Saarwelliger Bürger am Morgen des 30. August, um unsere Solidarität und Anteilnahme zu zeigen. Insgesamt wurden in der Gemeinde Saarwellingen bisher 29 Steine des Künstlers Gunter Demnig verlegt. Mit diesen Steinen sollen sich aus der gesichtslosen Zahl der Opfer die Einzelschicksale der vom Naziregime verfolgten Menschen herauskristallisieren.

Seit Jahren bemüht sich Saarwellingen um die Aufarbeitung dieses Teiles seiner Geschichte, so auch in diesem Jahr. Saarwellingen versucht nicht nur in einmaligen Aktionen, sondern durch die Jahre hindurch kontinuierlich die

Erinnerung an die deutsch-jüdische Geschichte wach zu halten. Es gab in Saarwellingen eine gut etablierte jüdische Gemeinde mit eigener Synagoge, eigener Schule sowie einen jüdischen Friedhof. Das Ortsbild war geprägt durch eine Reihe von jüdischen Geschäften und Wohnhäusern. Mitglieder des Gemeinderates der Sportvereine und der kulturtreibenden Vereine entstammten der jüdischen Gemeinde. Eine scheinbar gelungene Integration, die innerhalb kürzester Zeit ad absurdum geführt wurde.

2013 ist ein Gedenkjahr „Gegen das Vergessen!“ Dazu finden deutschlandweit Veranstaltungen statt. Am 10. Mai 1933 wurden an vielen Orten in Deutschland die Bücher von jüdischen Autoren und politischen Gegnern der Nationalsozialisten öffentlich verbrannt. Am 9./10. November 1938 zerstörten die Nationalsozialisten in Deutschland Synagogen, jüdische Geschäfte, Friedhöfe und Wohnungen. Menschen wurden ermordet und in den Selbstmord getrieben. Die Pogrome waren der Auftakt für die systematische Verfolgung von Juden in Deutschland.

In Saarwellingen konnten wir Friedensfahrer verfolgen, wie die Gemeinde ihre Erinnerungskultur an den Holocaust wahrnimmt. Wir hatten bereits den jüdischen Friedhof besichtigt und besuchten den Gedenkstein am Leo-Grünfeld-Haus. Im Gespräch waren wir mit Peter Klauck, der zusammen mit Klaus Mayer die Geschichte der Juden in Saarwellingen aufgearbeitet hat. Anlässlich des Gedenkjahres erschien im Mai 2013 die umfangreiche historische Publikation „Gelöst ist die Schnur – gebrochen das Band. Die jüdische Gemeinde 1700-1940“ von Hans-Peter Klauck und Klaus Mayer (verst. am 3.10.2013). Die Biker behalten Saarwellingen als eine sich ihrer Geschichte bewusste und Kunst und Kultur aufgeschlossene Gemeinde in Erinnerung. Ich bin froh, dass ich dabei sein und zu dieser Kultur des Miteinanders beitragen konnte.

Waltraud Andruet

---

## Kontakte

**Diözesanverband Trier: Vorsitzender und Geschäftsführung:** Egbert Wisser, Bachweg 29c, 56072 Koblenz, Tel. 0261/21355

**Geistlicher Beirat:** Horst Peter Rauguth, Kalkofenstr.46a; 66125 Saarbrücken, Tel. 0681/947190-14

**Weitere Vorstandsmitglieder:** Waltraud Andruet, Beim Kalkofen 8, 66793 Saarwellingen, Tel.06838/82220; Albert Hohmann, Am Meulenwald 34, 54343 Föhren, 06502-6729; Rudi Kemmer, Danziger Str. 48, 54516 Wittlich Tel. 06571/3310; Michael Koob, Treverispassage 15, 54290 Trier,0651/9927234; Werner Schwarz, Auf der Träf 7, 54317 Korlingen, Tel. 06588/776; Joachim Willmann, Belinger Str. 39, 54516 Wittlich-Wengenrohr, Tel. 06571/3954

## **Aus dem Politischen Nachtgebet 2013**

*Das Politische Nachtgebet 2013 setzte zwei Schwerpunkte: der Krieg in Afghanistan und der Krieg in Syrien. Zu Syrien lag folgender Text vor:*

### **Gerd Weidenhausen in der Schweizer Zeitschrift "Gegenwart" zu den Hintergründen des Krieges in Syrien 5.9.13**

Der "Bürgerkrieg" in Syrien dauert nun schon mehr als zwei Jahre an und bietet mit seinen - inzwischen 100.000 Todesopfern - täglich ein Bild des Grauens. Bei dem Versuch, die Hintergründe, mannigfaltigen Interessenlagen, Zielsetzungen und Strategien zu verstehen, die in dem Stellvertreterkrieg in Syrien aufeinanderprallen, kommt man nicht umhin, die (Des)-Informationspolitik der direkt und indirekt Beteiligten in Augenschein zu nehmen. Wie in klassischen Stellvertreterkriegen üblich, überlagert eine oftmals verwirrende Desinformationspolitik die Ereignisse, die im Interesse der jeweiligen Kontrahenten umgeschrieben, ins Gegenteil verkehrt oder ganz verschwiegen werden. Sobald "höhere" Interessen strategischer, energiepolitischer und geopolitischer Natur am Werke sind, die aus ideologischen Gründen des gepriesenen demokratischen Selbstverständnisses nicht als solche benannt werden dürfen, findet ein Kampf um die Deutungshoheit statt, bei dem von der Halbwahrheit bis zur Lüge, von fingierten Ereignissen bis hin zu Unterstellungen, von falschen Übersetzungen und Zitationen bis hin zu verdeckten Aktionen alles zur Anwendung kommt, was unter der Rubrik Desinformation elementarer Bestandteil des Geheimdienstjargons ist. In dieses Arsenal gehört im extremen Fall die Inszenierung von Ereignissen, sozusagen Operationen unter falscher Flagge, mit der eigene Handlungen dem Gegner in der Hoffnung untergeschoben werden, dass interessierte Mächte mit größerer militärischer Schlagkraft von außen zur Hilfe eilen. All diese Winkelzüge, Taktiken, verdeckten Operationen und Täter-Opfer-Inszenierungen konnten schon in den verheerenden Kriegen in den 1990er Jahren auf dem Balkan studiert werden; sie wurden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, nämlich der frei erfundenen Massenvernichtungswaffen, in den beiden Irak-Kriegen fortgesetzt, unter veränderter "Argumentationslage" in Afghanistan verlängert und in Libyen und nunmehr in Syrien auf einen zynischen Höhepunkt gebracht.

### **Die fatalen Folgen westlicher Machtprojektionen**

Wie auch immer man in Einzelfragen zum auswärtigen westlichen Engagement seit dem Fall der Sowjetunion stehen mag, so ist doch kaum zu leugnen, dass überall dort, wo der freie Westen im Vollzug des Kampfes gegen den Terror, des Demokratie-Exports, des "nation building", des "regime change" oder- so die neueste NATO-Ideologie- der "Schutzgewäh-

rung der Menschenrechte" seine Fußabdrücke hinterließ, ein enorme Anzahl an kriegsbedingten zivilen Todesopfern und ein staatlicher Zerfall ohnegleichen die Folge war. Ein Blick auf den Irak, auf Afghanistan, auf Teile des Balkans und auf Libyen kann das bezeugen.

Die staatlichen Zerfallsprozesse, die im Gefolge der westlichen Invasionen unter dem großmundigen Motto des "nation building" im Irak und in Afghanistan zu besichtigen waren, haben nach über zwei Jahren Aufstand gegen das im Kern korrupten Assad-Regime -mit seiner Beamtenherrschaft alawitischer Eliten über eine verarmte sunnitische Bevölkerung- auch Syrien erfasst. Doch ist aus dem mit guten Gründen begonnenen Protest der benachteiligten und sozioökonomisch marginalisierten Sunniten gegen die von privilegierten Alawiten dominierte Staatspartei mitsamt dem repressiven Staatsapparat unter Führung Bashar al-Saddats inzwischen ein Banden- und Religionskrieg von aus dem Ausland nach Syrien einsickernden Dschihadisten von Al-Qaeda, der dieser nahe stehende Nusra-Front und diversen anderen sunnitischen und wahhabitischen Söldnertruppen geworden.

»Die syrischen Rebellen wären heute ohne Al-Qaeda in ihren Reihen unermesslich schwächer. Die Einheiten der Freien Syrischen Armee sind weitgehend erschöpft, zerstritten, chaotisch und ineffektiv....Al Qaedas Kämpfer können jedoch helfen, die Moral zu steigern. Der Zustrom der Dschihadisten bringt Disziplin, religiöse Leidenschaft, Kampferfahrung aus dem Irak, Finanzmittel von sunnitischen Sympathisanten aus den Golfstaaten, und am wichtigsten, tödliche Resultate mit sich.«" Zu diesem erfrischend offen eingestandenen taktischen Kalkül in der wichtigsten und einflussreichsten außenpolitischen Zeitschrift der USA, der "Foreign Affairs", dem Sprachrohr der maßgeblichen außenpolitischen Denkschmiede "Council on Foreign Relation" (CFR), merkt S. Range unter fortgesetzter Zitation weiter an: "Das unausgesprochene Kalkül der Entscheidungsträger in Washington sei es »zuerst Assad los zu werden- und damit Irans Position in der Region zu schwächen- und sich später um Al-Qaeda zu kümmern.« Knapp elf Jahre nach dem 11. September ist Al-Qaeda also unverzichtbar im vermeintlichen Kampf um Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in Syrien. Eine beachtliche Kehrtwende im "War on Terror", die für manche Irritation sorgt." (2)

Der Syrien-Konflikt macht auf traurige Weise klar, auf welcher zynische Weise ein Stellvertreterkrieg auf Kosten der Zivilbevölkerung ausgefochten wird. Ebenso offenbart er, wie sich religiös-politische Motive eines sunnitisch-schiitischen Konfessionskrieges mit geopolitischen Konfliktlinien der alten Kalte-Kriegs-Antipoden USA und Russland, divergierende Rohstoffinteressen und das Gerangel um die Deutungshoheit miteinander vermengen.“

## Militarisierung

*Die folgenden Texte wurden dem Begleitheft für den Pilgerweg von Koblenz nach Köln entnommen, auf dem Reflektionen zum Militarismus eine wichtige Rolle spielten. Vergleiche zum Thema das Vorwort von Egbert Wisser aber auch die Beiträge aus unserem letzten Rundbrief (2013-2) wie „Militarisierung und soziale Bewegungen“ usw.*

### **Militarisierung unter Waffenbrüdern - neue Waffensysteme**

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) warnt vor unterentwickelten militärischen Fähigkeiten mit denen Europa die Fähigkeiten verliert, jenseits seiner Grenzen militärisch zu handeln. Der europäische Rüstungssektor leidet unter Zersplitterung, es dominieren einzelstaatliche Strategien bei militärischen Beschaffungsprogrammen. Dieses steht politischen Ambitionen der „Weltmacht Europa“ und den Profitinteressen der Rüstungskonzerne im Wege.

Nationalstaatliche Militärpolitik wird vermehrt auf EU-Ebene gebündelt und die Rüstungsindustrie versucht durch Fusionen kleine und mittlere Unternehmen in Superkonzerne zu konzentrieren, es soll sich ein dichter Politisch-Militärisch-Industrieller-Komplex (PIMK) herausbilden. Von den EU-Großmächten Deutschland, Frankreich und Großbritannien wird eine Oligopolisierung auf den Weg gebracht, in der kleine und mittlere Staaten keine Berücksichtigung mehr finden und ihrer Kontrolle unterstellt werden. Diese Rüstungskooperation wird als Vorstufe einer europäischen Armee gewertet. Die 1992 gegründete Westeuropäische Rüstungsgruppe (WEAG) verfolgt eine Harmonisierung der Rüstungsprogramme und eine Öffnung der Rüstungsmärkte. Es geht angeblich um Krieg und Frieden, um Macht und Einfluss in einer sich schnell verändernden Welt.

Die Rüstungsindustrie jammert über tiefe Einschnitte bei den Militärausgaben. Europa muss aufwachen bevor es zu spät ist, sonst verliert es Schlüsselkapazitäten im Verteidigungsbereich. Die Branche will die üppigen Profitmargen auf hohem Niveau stabilisieren oder ausbauen. Die Umsatzerlöse stiegen von 58 Milliarden im Jahr 2001 auf 91 Milliarden im Jahr 2011. Auslandsgeschäfte gewinnen an Bedeutung. Im Jahr 2011 wurden Ausfuhrlizenzen im Umfang von 37,52 Milliarden Euro genehmigt, 21,2 Prozent gingen in die Krisenregion mittlerer Osten. Quelle: junge welt vom 01.06.13

**Waffenbrüder** <http://politik-im-spiegel.de/eads-setzt-auf-attacke/>

Thomas Enders Fallschirmjägermajor der Reserve war er 1989 der richtige Mann für den Planungsstab des Verteidigungsministeriums der neuen Groß-BRD, um dann zur komplizierten Gründung der EADS-Rüstungssparte

abgestellt zu werden. Wie Enders sich die Zukunft des Konzerns vorstellt, hat er zuletzt der deutschen Wirtschaft im Handelsblatt mitgeteilt – zusammen mit seinem Kollegen Wolfgang Ischinger. Dieser ist bekannt als Organisator der jährlichen Münchener »Sicherheitskonferenz«, der weltweit führenden Militärkonferenz, die er auf Wunsch der Regierung als NGO organisiert, als Angestellter des deutschen Finanzriesen Allianz. Ischinger war bis 1998 Planungschef im Außenministerium, dann Staatssekretär bei Joseph (»Joschka«) Fischer, dem ersten Kriegsaußenministers der BRD nach 1945.

Enders und Ischinger kritisieren, dass die EU pro Einwohner nur 390 Euro für die Rüstung aufbringe – gegen umgerechnet 1680 Euro pro Einwohner in den USA. »Derweilen leisten wir uns aber sechsmal so viele Waffensysteme wie die Amerikaner.« Da bekäme man »wenig Nutzen für viel Geld«. Deshalb schlagen sie in dem Handelsblatt- »Gastbeitrag« vor, die EU müsse erstens strategisch das Abhängigkeitsverhältnis zu »unseren amerikanischen Partnern« beenden und ein »eigenständiges militärisches Fähigkeitspektrum « aufbauen. Politisch sollten zweitens die Staaten der EU Souveränitätsrechte aufgeben und (ohne eine europäische Armee) eine gemeinsame Rüstung aufbauen, auf die die Staaten bei Bedarf zugreifen können. Schließlich verlangen Enders und Ischinger Mut bei der Aufgabe von Souveränität. Alte Abhängigkeiten seien abzuschütteln, dafür könne man schon in gewissem Maße neue eingehen. »Unsere amerikanischen Freunde werden Europa mittelfristig nicht mehr in jeder Situation unter die Arme greifen können und wollen.«

Der deutsche Imperialismus legt die Karten auf den Tisch und spricht nur noch leicht diplomatisch verbrämt, Klartext: Keiner von »uns« (als das britische, französische und deutsche Großkapital) kann allein auf sich gestellt mit den USA auf den Weltabsatz und Rohstoffmärkten konkurrieren. Auch die britische Rüstungsindustrie schafft es nicht allein mit der französischen, ohne die Vereinigten Staaten. Also entweder zusammengehen, oder weiter getrennt Juniorpartner Washingtons bleiben, das es aber wirtschaftlich immer weniger schafft, den Weltpolizisten zu spielen. Wenn zum Beispiel BAE Systems glaubt, weiter von den Brosamen der US-Rüstung leben zu können, dann exportieren die deutschen Firmen eben allein in die kaufkräftigsten Märkte der Briten, angefangen mit Katar. Dann wird EADS inzwischen schon mal die etwas kleineren europäischen Rüstungsfirmen schlucken, als nächstes vielleicht die Finmeccanica aus Italien, die ihrerseits schon ein paar kleinere Konkurrenten geschluckt hat. Den europäischen Konkurrenten gibt der deutsche Imperialismus gern zu bedenken: Wenn ihr weiter so kleinstaatlich, souverän, aber unwirtschaftlich, aufrüstet und die

Rüstungsausgaben ohne uns anheben wollt, wird sich Herr Schäuble euren Staatshaushalt unter dem Aspekt der Verschuldung scharf anschauen.

### **Raubtiere, Sensenmänner und Habichte**

30.05.2013 Hamburg/Stuttgart - Laut Recherchen des NDR-Politikmagazins „Panorama“ und der „Süddeutschen Zeitung“ sind US-Standorte in Deutschland „maßgeblich“ in die gezielten Tötungen von Terrorverdächtigen in Afrika durch Drohnen eingebunden. Neben der Air-Force-Basis in Ramstein (Rheinland-Pfalz) ist dabei das Africa Command (kurz „Africom“) in Stuttgart involviert. Seit 2011 steuere eine Flugleitzentrale auf dem deutschen US-Stützpunkt Ramstein auch Angriffe der US-Luftwaffe in Afrika. Über eine spezielle Satelliten-Anlage halte der Pilot in den USA Kontakt zur Kampfdrohne am afrikanischen Einsatzort - und lenke sie zu den Personen, die getötet werden sollen. Ohne diese Satelliten-Relais-Station für unbemannte Flugobjekte „können Drohnen-Angriffe nicht durchgeführt werden“.

Eine temporäre Anlage erfüllt diese Aufgaben bereits und in sechs Monaten soll sie durch eine dauerhafte Installation ersetzt werden: „Die Ausführung dieses Projektes soll die Satelliten-Kommunikation mit Drohnen der Typen Predator (Raubtier), Reaper (Sensenmann) und Global Hawk (Globaler Habicht) langfristig verbessern. Seit Eröffnung der neuen Flugleitzentrale im Oktober 2011 seien in Somalia mindestens neun tödliche Drohnenangriffe durchgeführt worden, bei denen laut „SZ“ und „Panorama“ bis zu 29 Menschen starben. Präsident Barack Obama soll jeden dieser Einsätze persönlich abgezeichnet haben.

### **Stelle in Stuttgart frei – Aufgabe: Menschen töten**

Aufgrund der extremen Geheimhaltung einzelner Operationen ist die genaue Rolle von Ramstein nicht in jedem Detail klar, heißt es. Das US-Militär habe aber gegenüber „Panorama“ und der „SZ“ versichert, dass für alle militärischen Operationen in Afrika die Verantwortung bei Africom in Stuttgart liege. „Panorama“ und der „SZ“ liegen Stellenausschreibungen für „Geheimdienst-Analysten“ in Stuttgart vor, deren Job es sein soll, Ziele - auch Individuen - für die Ziellisten der Amerikaner zu „nominieren“. Insofern werden offenbar in Stuttgart gezielte Tötungen in Afrika geplant.

Dass Africom sein Hauptquartier in Stuttgart bezog, sollte vor sechs Jahren nicht öffentlich diskutiert werden. Das Auswärtige Amt empfahl laut Informationen von „SZ“ und „Panorama“ damals der US-Regierung, Deutschland als Standort von Africom nicht groß zu erwähnen. Das würde sonst zu „Schlagzeilen in der Presse“ und zu „unnötigen öffentlichen Debatten“ führen.

## Büchel 2013

„The Day After“ ist einer der Filme durch den sich mir das Grauen eines Atomkrieges für immer einbrannte. Das war in einer Zeit, in der die Angst vor einem atomaren Schlag noch allgegenwärtig war und ich Kind. Viele Jahre später – in einer Zeit, lange nach dem Ende des Kalten Krieges, in der die meisten Menschen diese Ängste nicht mehr kennen – stehe ich zum ersten Mal am Fliegerhorst Büchel in der Eifel.

Wie schön und friedlich es hier ist, denke ich, während von der Straße am Fliegerhorst über die Hügel im Morgenlicht schaue. Dann läuft mir ein Schauer über den Rücken, denn mir fällt wieder ein, dass ein paar Meter hinter mir – abgetrennt durch Zaun und NATO-Draht – Waffen lagern, die alles Schöne dieser Welt in Sekunden zu Asche verwandeln könnten: die letzten 20 US-Atomwaffen auf deutschem Boden.

Nur ein paar Meter neben dem Haupttor des Fliegerhorsts ist das „Friedenscamp“ aufgeschlagen – gewissermaßen das Basislager für die geplante Musikblockade der Zufahrtstore des Atomwaffenlagers. Die Vorbereitungen laufen hier auf Hochtouren und alle Beteiligten der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ und der Aktionsunterstützung schwirren schwer beschäftigt umher. Die Stimmung ist angespannt, zu vieles gibt es gleichzeitig zu tun.

Um fünf vor zwölf geben die „Lebenslaute“ vor dem Haupttor mit ihrem Konzert den Auftakt für die Blockade. Circa 750 Menschen lauschen ihnen, bevor sie sich gegen 14 Uhr in einem großen Zug entlang des Lagerzaunes auf den Weg zu den anderen Zufahrtstoren machen, wo sie sich für die Blockade verteilen. Am Vortag haben sich im Friedenscamp die Bezugsgruppen für die einzelnen Tore gefunden, absolvierten gemeinsam ein Training in gewaltfreier Aktion und besprachen alles Notwendige. Es ist spannend zu sehen, wie bunt gemischt der Zug ist: vom Renter bis zum Kleinkind, vom Hippie bis zum Biker.

Ich bleibe erst mal an Tor 3, wo „Muita Merda“, „Klaus der Geiger“ und „Guaia Guaia“ – die später auch noch an anderen Toren auftreten – mit ihren Auftritten begeistern. Die Blockierenden singen mit und es wird viel und laut gelacht.

Als ich später im Friedenscamp zurück bin, erreicht uns die Nachricht, dass ein weiteres Tor entdeckt wurde. Neben den eingeplanten Toren gibt es ein ganz Verstecktes am Ende eines langen Feldweges. Eine Gruppe von den Lebenslauten macht sich auf den Weg, um auch dieses Tor mit der Nummer 7 „dicht“ zu machen.

Als wir auf einer abendlichen Runde zu allen Toren sind, berichtet die Gruppe an betreffendem Tor uns, dass sofort nach ihrer Ankunft NATO-Draht hinter dem Tor verlegt wurde. Scheinbar war die Angst groß, dass wir nicht nur blockieren wollen, sondern in das Lager eindringen. Als wir am Lutzerather Tor ankommen, dass von den „Lebenslauten“ blockiert wird, wird dort immer noch musiziert und gesungen, hinter dem Zaun stehen drei Soldaten und beobachten die Szene.

Am Tor 4 „Texte und Zitate“ sitzt eine gut gelaunte Truppe dick eingemummelt in ihre Schlafsäcke und liest Gedichte und Texte. An den nächsten, dicht nebeneinander liegenden Toren, 5 & 6, „Bikes beat Bombs“, hat es sich eine kleine Gruppe der „Motorradfahrer/innen ohne Grenzen“ schön gemacht, es gibt Musik, leuchtende Luftballons, es wird gegrillt. Als wir ankommen, kommt eine aufgeregte Polizistin zu uns, und will wissen, was wir hier wollten und ob wir vorhätten zu bleiben. Später erklärt sich ihr komisches Verhalten noch.

Am Tor 3 „Bombenrisiko Atomkraft“ haben sich die Meisten schon hingelegt, die paar wachgebliebenen berichten uns, dass alle fünfzehn Minuten entlang der Lagerstraße hinter dem Zaun eine Patrouille vorbeiführe und sie mit Scheinwerfern blende. Die Polizei hingegen wäre sehr kooperativ und freundlich.

Als wir Tor 1 „Frauenwiderstand“ und zuletzt Tor 2 „Interreligiöser Dialog“ erreichen, ist es schon sehr spät geworden – und ziemlich kalt. Die heiße Suppe, die das niederländische Kochkollektiv Rampenplan, das auch das Camp versorgt, zu den Toren bringt, wird sehnsüchtig erwartet. Als wir am Haupttor zurück sind, ist das Musikprogramm dort leider schon vorbei – aber es wird begeistert von den verschiedenen Auftritten berichtet. Ich bewundere die Blockierer, die trotz der Kälte auf Isomatten und Strohsäcken auf dem Boden vor dem Tor ausharren. Ich schlafe unruhig, bei jedem vorbeifahrenden Auto habe ich Angst, dass jetzt vielleicht doch eine Räumung der Blockade losgeht.

Früh morgens erreicht uns die Nachricht, dass sich etwas an Tor 5&6, bei den Bikern, ereignet hat. Eine Weile später haben wir Klarheit: In den frühen Morgenstunden rückten dort plötzlich Reisebusse an, die Blockierenden wurden von der Polizei umstellt und aus den Bussen wurden circa 150 Soldaten zum und durch das Tor geschleust. „Das ging schneller, als wir realisieren konnten, was da passiert“, berichtet eine der Blockiererinnen auf der Abschlussveranstaltung. Aus Solidarität mit den überrumpelten Bikern machte sich eine Gruppe vom Tor der Lebenslaute auf, um sie während d

Um sechs Minuten vor zwölf endete die Blockade am 12. August 2013. Nachdem sich die AktivistInnen von den Toren wieder am Haupttor gesammelt hatten, gab es eine bewegende Abschlussveranstaltung, bei der noch einmal von jedem Tor berichtet wurde. Zu guter Letzt wurde gemeinsam „Imagine“ von John Lennon gesungen. Ja, das klingt vielleicht ein bisschen klischeehaft – aber nach dieser Blockade mit so vielen bunt zusammengewürfelten Menschen unterschiedlichsten Alters und Hintergrunds, die so solidarisch, respektvoll und friedlich miteinander umgingen, passte es einfach.

Heute habe ich schon ein paar kritische Stimmen gehört – was habt ihr schon erreicht?! Ich finde viel! Rund 750 Menschen sind in eine entlegene Ecke der Eifel gekommen, die Hälfte davon war bereit, trotz des Risikos einer Räumung und der nächtlichen Kälte auf dem Plateau 24 Stunden lang die Tore einer Militäranlage zu blockieren. Natürlich konnten wir weder den sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland bewirken, noch hat es den Atomwaffen geschadet, dass 24 Stunden lang kein Auto rein oder raus kam. Aber wir haben es geschafft Aufmerksamkeit auf ein verdrängtes Thema zu lenken und wir haben unsere Bewegung gestärkt. Büchel 2013 war ein wichtiger Meilenstein für unseren Weg zur atomwaffenfreien Welt. Und ein besonderes Erlebnis, aus dem wir noch lange Kraft für unser weiteres Engagement ziehen werden!

Samantha Staudte (Social Media-Koordinatorin der Kampagne atomwaffenfrei.jetzt, der IPPNW und Redakteurin des IPPNW Mitgliedermagazin „Forum“).

## **Hiroshima: „Nicht das Böse wiederholen.“ - Ächten wir Atomwaffen weltweit!**

*Erklärung des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, zum Hiroshima-Gedenktag 2013 vom 05.08.2013*

Nach einer atomaren Verstrahlung sehen sich Menschen vor folgende Entscheidungen gestellt: Sollen wir weglaufen oder nicht? Können wir das essen oder nicht? Brauchen Kinder Gasmasken oder nicht? Können wir unsere Wäsche im Freien trocknen oder nicht? Können wir noch Ackerbau betreiben oder nicht? Sollen wir darüber reden oder nicht? Muto Ruiko hat diese Fragen gestellt. Die Frau aus Fukushima sieht sich als Strahlen-Opfer. Wie bei den Opfern der Atombombenangriffe auf Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) kann niemand wirklich helfen. Rund

225.000 Menschen sind in Hiroshima und Nagasaki durch die Atombomben ums Leben gekommen. „Lasst alle Seelen hier in Frieden ruhen, damit wir nicht das Böse wiederholen“, lautet die Inschrift für die Toten im Friedensmuseum in Hiroshima. Die Atombombe war das Böse, der Krieg, der mit Atombomben beendet werden sollte. Lasst uns dem Bösen widerstehen! Ächten wir Atomwaffen weltweit.

Im April dieses Jahres haben zum ersten Mal 79 Staaten gemeinsam vor den katastrophalen humanitären Folgen eines Atomkriegs gewarnt: „Über den sofortigen Tod und die Zerstörung, die durch die Detonation angerichtet wird, hinaus wird die sozio-ökonomische Entwicklung behindert, die Umwelt zerstört und zukünftige Generationen werden ihrer Gesundheit, ihrer Nahrungsmittel, ihres Wassers und anderer lebenswichtiger Ressourcen beraubt.“ Nur die totale Beseitigung dieser Waffen garantiere, dass diese Waffen nicht eingesetzt werden.

Zu den 79 Staaten, die sich nun für eine völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen stark machen, zählen auch Weißrussland, die Ukraine, Kasachstan und Südafrika, die freiwillig ihre Atomprogramme aufgegeben hatten sowie der Vatikan, nicht jedoch Deutschland. Neun Staaten besitzen Atomwaffen: die USA rund 8.000, Russland 10.000, Großbritannien 225, Frankreich 300, China 240, Indien 80-100, Pakistan 90-110, Israel 80 und Nordkorea 1-10 (geschätzte Zahlen). Für Erhalt und Modernisierung des atomaren Arsenalen werden jährlich rund 100 Milliarden Dollar ausgegeben.

Es ist nicht akzeptabel, dass Regierungen weiterhin an Atomwaffen festhalten anstatt abzurüsten. Deshalb fordert pax christi von der US Regierung, die US-Atomwaffen aus Europa abzuziehen und somit ein starkes Signal an die russische Seite zu senden, ebenfalls zu reduzieren. Das schließt den Abzug der US-Atomwaffen vom Stützpunkt Büchel im Hunsrück ein, ebenso wie von den Standorten in Belgien, Italien, den Niederlanden und in der Türkei. Wenn Atom-Staaten ihre Waffen weiter entwickeln, senden sie damit die Botschaft an andere Staaten, dass Atomwaffen für die Sicherheit nötig sind und vor Angriffen schützen. Ihre Forderung an andere, keine Atomprogramme anzustreben, wirkt entsprechend unglaubwürdig.

Wir brauchen mehr internationalen Druck gegen Atomwaffen. Internationale Konferenzen wie die Oslo-Konferenz vom Frühjahr 2013 und die Anfang 2014 in Mexiko geplante rücken die humanitären Folgen von Atomwaffen in den Fokus und sind sehr zu begrüßen. Ziel der nächsten Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags im Jahr 2015 muss nach Ansicht von pax christi ein Vertrag sein, nach dem spaltbares Material für den Bombenbau nicht mehr hergestellt werden darf.

Atomwaffenfreie Zonen schaffen Vertrauen und Sicherheit. Wir begrüßen sehr die Forderung des Europaparlaments nach einer Atomwaffenfreien Zone in Europa. Wir fordern dringend die Einrichtung einer solchen Zone im Nahen und Mittleren Osten.

Unsere Gesellschaft darf sich nicht mit der atomaren Kriegsgefahr abfinden. Pax christi engagiert sich deshalb im Bündnis „Atomwaffenfrei jetzt“ und auf internationaler Ebene in der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN).

50 Jahre nach der Friedensbotschaft „Pacem in Terris“ ist die Forderung von Papst Johannes XXIII., dass Atomwaffen verboten werden, immer noch nicht eingelöst. Das ist ein Skandal.

## **Gegen das Vergessen des Mordes an Frank Bönisch**

Wir haben nicht vergessen, dass Frank Bönisch vor 20 Jahren mitten in Koblenz auf dem Zentralplatz von einem Neonazi erschossen wurde. Dabei waren weitere Menschen angeschossen worden. Die sog. Öffentlichkeit gibt sich schnell mit Einzeltätern zufrieden. Wir aber haben nicht vergessen, dass vor 20 Jahren in Deutschland monatlich im Durchschnitt 300 rechts-extremistisch motivierte Überfälle registriert wurden<sup>1</sup>. Sie richteten sich gegen Andersartige und Schwache. Es fiel auf, dass die Zahl der Übergriffe auf Wohnungslose stieg. Im Fokus aber standen vor allem Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl suchten. Wir haben auch nicht vergessen, dass in Deutschland unter den Vorzeichen neoliberaler Reformen eine Welle des Sozialabbaus durchgesetzt wurde. Sie war flankiert von der Debatte um die Änderung des Asylrechts. Dabei wurden Flüchtlinge unter den Generalverdacht des Missbrauchs des Asylrechts gestellt. Politiker und Presse stigmatisierte sie zu Wirtschaftsflüchtlings und Scheinasylanten. Befriedigt konnte der damalige Vorsitzende der NPD feststellen:

„Die Diskussion um das Asylrecht nähert sich mit Riesenschritten der Argumentationsebene der NPD.“<sup>2</sup> Die Änderung des Grundgesetzes, die der faktischen Abschaffung des Asylrechts gleichkam, gab der NPD ebenso wie dem in der Mitte der Gesellschaft verankerten und politisch bedienten Rechtsextremismus – ganz wörtlich – ‚Recht‘.

Die rot-grüne Bundesregierung verfolgte mit der Förderung der Zuwanderung eine vermeintlich ausländerfreundlichere Politik. In einem Faltblatt der Bundesregierung war zu lesen:

„Wohlstand und Arbeit in Deutschland sind an die internationale Wettbewerbsfähigkeit gebunden. Für erstklassige Produkte, innovative Technologie und hoch entwickelte Forschung braucht man die besten Köpfe der Welt. Viele

davon haben wir im eigenen Land. Aber wir brauchen auch Spezialisten aus anderen Teilen der Welt...“<sup>3</sup> Im gleichen Faltblatt wurde angekündigt: „Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wird der Aufenthalt ausreisepflichtiger Ausländer effektiver und schneller beendet.“<sup>4</sup> Damit folgte ‚Rot-grün‘ der Logik, die der ehemalige bayrische Ministerpräsident Beckstein so beschrieben hatte: „Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnutzen, und mehr, die uns nutzen.“<sup>5</sup>

Was aber hat nun die Ausländer- und Flüchtlingspolitik mit der Ermordung Frank Bönischs auf dem Koblenzer Zentralplatz zu tun?

Gegen Flüchtlinge und Migranten wird – so formulierte der im Juli verstorbene Philosoph und Kapitalismuskritiker Robert Kurz – „in aller Offenheit exekutiert, was die innerste Logik des Kapitalismus überhaupt ist: die Tendenz nämlich, den Menschen auf seine ‚ökonomische Nützlichkeit‘ als Verausgabungseinheit von rentabler Arbeitskraft und ‚Leistung‘ zu reduzieren. Was an den eigenen Staatsbürgern noch nicht mit letzter Konsequenz möglich ist, nämlich nur die rentabel vernutzbare Leistungsmaschine Mensch als Mensch ‚anzuerkennen‘, nicht aber die aktuell unbrauchbaren Kinder, Alten und Kranken oder sonst wie nicht Leistungsfähigen, das tritt bei der Behandlung von Migranten mit aller Brutalität zu Tage.“<sup>6</sup>

Kapitalismus beruht auf der Verausgabung von Arbeit für den irrationalen Zweck der Vermehrung des Geldes um seiner selbst willen. Mit ihm ist untrennbar die Herrschaft der Arbeit verbunden. In ihrer Logik wird eine Trennungslinie zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden, zwischen Verwertbaren und Überflüssigen, zwischen sog. Leistungsträgern und zu alimentierenden Kostenfaktoren gezogen. Die Krise des Kapitalismus ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass der Staat in der Logik kapitalistischer Krisenverwaltung nun auch die eigenen Staatsbürger in Verwertbare und ‚Überflüssige‘ trennt.

In der Krise wird diese Selektion immer brutaler exekutiert. Die Verwertbarkeit als Arbeitskraft entscheidet darüber, wer dazu gehört und wer als ‚überflüssig‘ an den Rand der Gesellschaft ‚abgeschoben‘ wird. Aber auch diejenigen, die über Hartz IV von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden, bleiben unter der Herrschaft der Arbeit eingeschlossen. Sie müssen sich unter Androhung des Entzugs der materiellen Grundlagen ihrer Existenz in Dauerbereitschaft für die Verwertung ihrer Arbeitskraft halten. Es ist absurd. Der kapitalistische Produktivitätsfortschritt entsorgt wert schöpfende Arbeit und hält auch noch in deren Niedergang mit aller Macht an der Herrschaft der Arbeit fest. Ihr können selbst die nicht entkommen, deren Arbeit nicht mehr verwertet werden kann.

Die Verlierer in der Selektion um die Verwertung der Arbeit sehen sich – wie vor 20 Jahren die Flüchtlinge – unter den Generalverdacht von Faulheit, Leistungsverweigerung und des Missbrauchs sozialer Leistungen gestellt. Der ehemalige Wirtschaftsminister Clement schreckte nicht einmal vor Vergleichen

mit Parasiten zurück: „Biologen“ – so ließ er verlauten – verwenden für ‚Organismen‘, die ... zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer leben, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘.“<sup>7</sup> Rechtsextremismus als Selektion und Abwertung der Selektierten sowie derer, die als bedrohlich erscheinen, nur weil sie anders sind, agiert sich an den Rändern der Gesellschaft aus, hat aber seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft. Ein Alarmzeichen dafür ist die Studie zu ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ in Deutschland. Sie verzeichnet eine deutliche Zunahme rassistischer Einstellungen. Ihre Wurzel ist eine ‚Ideologie der Ungleichwertigkeit‘. Sie wird konkret in der Abwertung schwacher Gruppen, in Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Ihr Nährboden ist die Wirklichkeit sozialer Ungleichheit, die in unserer Gesellschaft zum Normalzustand geworden ist. Die Ressentiments richten sich vor allem gegen Langzeitarbeitslose. Noch unter ihnen rangieren die Obdachlosen. In Koblenz werden sie von der Initiative ‚Alle lieben Koblenz‘ sowie vom Leiter des Ordnungsamtes verhöhnt und unter Anwendung der Gefahrenabwehrverordnung aus der Innenstadt vertrieben.<sup>8</sup> „Rohe Bürgerlichkeit“ nennt die Studie solche Haltungen. Bei ihnen geht es – so wörtlich – „um die Sicherung bzw. Steigerung eigener sozialer Privilegien durch Abwertung und Desintegration volkswirtschaftlich ... Nutzloser sowie um kulturelle Abwertung anderer...“

„Wer vom Faschismus redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.“ Dieses Max Horkheimer zugeschriebene Wort wird in der Krise des Kapitalismus immer brisanter. Wer analytisch tiefer sieht, kann erkennen, dass der Kapitalismus strukturell mit Antiziganismus und Antisemitismus verbunden ist. Im Hass auf Zigeuner und im Hass auf Juden verbindet sich der Hass auf Nicht-Arbeit. Das Bild des Zigeuners erinnert an ein „Leben ohne Arbeit“. Zugleich werden Zigeuner als minderwertig und bedrohlich stigmatisiert. Dieses Bild grenzt nach unten ab und macht deutlich, wohin ein Leben ohne Arbeit führt.

Das Bild des Juden steht für „Lohn ohne Arbeit“. Mit diesem Bild kann zwischen dem bösen, weil ohne Arbeit raffenden und dem guten, weil durch Arbeit schaffendem Kapital unterschieden und der schaffende Kapitalismus gegen den Casinokapitalismus ausgespielt werden. Im modernen kapitalistischen Antisemitismus sind aus dem ‚Gottesmörder‘ die ‚Geldmonster‘ geworden.<sup>9</sup> Und Geld regiert bekanntlich die Welt.

In den Fokus der Kritik zu rücken wäre die abstrakte Herrschaft der auf der Verausgabung von Arbeit beruhenden Verwertungsmaschinerie des Kapitals. In der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus könnte es leichter erscheinen, die Welt vor ‚Juden‘ und ‚Zigeunern‘, den vermeintlichen Bedrohungen ‚von oben‘ und ‚von unten‘, zu ‚retten‘.

Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, wird sich mit dem Kapitalismus und seiner Zerstörungsdynamik beschäftigen müssen. Wer meint, den Kapitalismus ausblenden und ohne Reflexion des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft gegen Rechtsextreme an den Rändern der Gesellschaft

demonstrieren zu können, bleibt in der Gefahr, in der Rolle des Biedermanns gegen den Brand zu protestieren, den er selbst mit legt. Wer Rechtsextremismus bekämpfen will, darf ‚den Rechten‘ nicht Recht geben – weder durch Rechtsprechung noch durch eine Gesetzgebung, die Diskriminierung und Ungleichheit fördert.

Widerstand ‚gegen Rechts‘ muss ‚rechten Gesinnungen‘ die Stirn bieten – allen Haltungen und Meinungen, die Menschen diskriminieren, stigmatisieren und auf ihre Nützlichkeit reduzieren. Er muss sich dagegen wehren, dass Menschen individuell für das Versagen des Kapitalismus verantwortlich gemacht werden. Wer Systemversagen in individuelles Versagen umdeutet, trägt dazu bei, die Sündenböcke zu präsentieren, an denen sich dann ‚rechte Gewalt‘ ausagieren kann.

Wer die Würde des Menschen verteidigen will, muss die Würde der Langzeitarbeitslosen, die Würde der Obdachlosen, die Würde der im Meer ertrinkenden Flüchtlinge verteidigen, kurz die Würde all derer, die von der kapitalistischen Krisenverwaltung unter Finanzierungsvorbehalt gestellt und der Logik der Gefahrenabwehr unterworfen werden.

Heribert Böttcher

1. Vgl. Roland Appel, Die Asyl-Lüge: Was tun, wenn ein Grundrecht demontiert wird? in: Roland Appel/Claudia Roth (Hg.), Die Asyl-Lüge. Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Köln 1992, 12 – 58, 37.
2. Zitiert nach Pax Christi, Basisgruppe Koblenz (Hg), Abschiebung aus der „Stadt zum Bleiben“. Von Koblenz in die Türkei und mit Züblin zurück auf den Zentralplatz, Koblenz 2007, 178.
3. Ebd., 219.
4. Ebd., 220.
5. Ebd. 219.
6. Robert Kurz, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003, 227.
7. Zitiert nach Fachkonferenz Sozialpastoral im Dekanat Koblenz (Hg.), „Koblenz in der Zwangsjacke – Armut wird verwaltet, Großprojekte treiben in die Schuldenfalle“. Texte der Veranstaltung zum Abschluss der Wanderausstellung „Der Armut in Koblenz ein Gesicht geben“, 8.
8. Vgl. Pax Christi-Basisgruppe Koblenz u.a., Klartext Koblenz von unten, Dritte Ausgabe, März 2012, 2f., 28.
9. Vgl. Robert Kurz, Geld ohne Wert. Grundrisse zu einer Transformation der politischen Ökonomie, Berlin 2012, 127.

## „Die Herren des Geldes“

*Am 14. August 2013 sprach im Atelier Andruet auf Einladung von Attac Untere Saar und Pax Christi Saar Walter Listl zum Thema „Die Herrn des Geldes“. Listl ist Mitarbeiter des ISW München (Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung) und Mitglied der DKP.*

Der Referent stellte zu Beginn drei Fragen: Um welche Krise handelt es sich? Welche Auswege/Alternativen gibt es? Welche Kräfte arbeiten auf eine Veränderung hin?

Er räumte sodann, noch vor dem eigentlichen Vortrag, mit zwei verbreiteten Vorurteilen auf:

1) „Der Kapitalismus geht an seinen Krisen zugrunde.“ Nein, er lässt stattdessen sterben 2) Ausschlaggebend für ein Engagement gegen die herrschende (Un-)ordnung ist seiner Meinung nach nicht die Tiefe der Krise („es muss noch schlimmer kommen, dann werden die Leute schon wach“), sondern der Informationsstand und das daraus folgende Bewusstsein der Betroffenen. Darum müsse die Interpretation der Krise an deren Ursachen herangehen. Er erinnerte gleichzeitig daran, dass allenthalben die Rechten bereits Profit aus der Krise ziehen, indem sie diese nach ihrem Weltbild interpretieren (populistische Parolen wie die von den „Pleitegriechen“ sollen hier als Beispiel genügen).

Der Vortrag begann mit der Antwort auf die erste Frage. Es handelt sich derzeit um eine mehrdimensionale Krise: Bankenkrise, Finanzkrise, Krise der Staatsfinanzen, Energie- und Hungerkrise, Umweltkrise und nicht zuletzt Krise der Demokratie infolge eines Ausschlusses der Wähler von Entscheidungsprozessen. Denn auf den Finanzmärkten steht niemand zur Wahl, aber dort fallen die für die Gesellschaft und den Einzelnen ausschlaggebenden Entscheidungen. Die Ursachen des beschriebenen Krisenszenarios liegen zum einen im kapitalistischen System und zum anderen im imperialistischen Gestus der kapitalistischen Staaten.

Der Fokus bei der Erklärung legt Listl auf die Überproduktionskrise, die nach Marx Folge der Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen ist. Eine Senkung der Löhne zieht eine Einschränkung der Kaufkraft nach sich. Gleichzeitig besteht eine Überakkumulation von Kapital. Reinvestiert wird dieses Kapital aber nicht in der Produktion von Waren, denn dort ist die Höhe der Profite nicht mehr interessant. Stattdessen fließt das Kapital auf die Finanzmärkte ab, wo wesentlich höhere Profite als in der produzierenden Wirtschaft realisiert werden können. Jedoch könnte auch ein Wachstum

letzterer nicht mehr das Heilmittel sein, da eben auch eine Ökokrise mit Verknappung der Rohstoffe und Vergiftung der Umwelt besteht.

**Fazit:** Wenn wir von der **Krise** reden, müssen wir vom **Kapitalismus** reden. In Deutschland gibt es private Geldvermögen in Höhe von 5,2 Billionen €. Nach der Schweiz besteht hier die zweithöchste Millionärsdichte in der Bevölkerung. Die 830000 hiesigen Millionäre besitzen 44 % des privaten Geldvermögens, die reichsten 10 % der Haushalte verfügen zusammen über mehr als 60 % davon. Die 500 Gigareichen haben zusammen mehr als die gesamten unteren 2/3 der Bevölkerung. Die eigentlichen Machthaber sind die Banken sowie die unter dem Begriff der institutionellen Anleger zusammengefassten Kapitalsammelstellen in Gestalt der Investmentfonds, der Pensionsfonds und der Versicherungen. Der größte Teil der Geschäfte läuft an den Börsen. Diese funktionieren jedoch heute zu 75 % als automatisierter Computerhandel, der in Sekundenbruchteilen abläuft, das Kapital wesentlich häufiger als früher umschlägt bzw. umschichtet, bei Computerfehlern massive Schäden in kürzester Zeit verursacht und der zudem aufgrund der häufigen Umschichtung der Kapitalien auch den Fiskus überfordert, der die Transaktionen nicht mehr nachvollziehen kann.

Wie kam es nun zur Anhäufung der oben genannten massiven Geldvermögen? Diese beruhen auf Umverteilung über drei Wege: a) Senkung der Lohnquoten, b) eine Steuerpolitik, die die Kapitalbesitzer begünstigt sowie die c) Staatsverschuldung (hohen Schulden stehen immer hohe Vermögen gegenüber) mit entsprechenden Zinszahlungen an die Besitzenden.

Zu a) In Deutschland befinden sich 8 Millionen Erwerbspersonen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Leiharbeit, Teilzeit, Niedriglöhner etc.). Die meisten Arbeitnehmer/innen verdienen heute weniger als noch vor zehn Jahren.

Zu b) Das Aufkommen aus der Tabaksteuer ist bei uns heute höher als das Aufkommen aus der Steuer auf Kapitalgewinne. Der Versandhändler Amazon bezahlt durch legale Umgehung der Besteuerung auf 6,8 Milliarden € Umsätze in Deutschland lediglich 3 Millionen € Steuern. Laut DIW (Deutsches Institut für Wirtschaft) entgehen dem deutschen Fiskus auf diese Art aus der Tätigkeit transnationaler Konzerne 90 Milliarden € Steuern pro Jahr.

Zu c) Die Spekulationsverluste der Banken wurden mittels der sogenannten „Bankenrettung“ in Staatsschulden umgewandelt. Im Jahr 2008 ging für diese Aktion weltweit  $\frac{1}{4}$  der Jahreswirtschaftsleistung drauf!

Zusammenfassend gilt: Die Verschuldung der Staaten besteht aus den (legal oder illegal) nicht gezahlten Steuern der Reichen. Doch damit nicht genug: Analog dem Landgrabbing in der Dritten Welt findet in der kapitalistischen Ersten Welt ein Sozialgrabbing statt. Dort stürzen sich die Kapitalis-

ten auf Acker- und Weideland, hier versuchen sie, alles Mögliche an Staatsbesitz/öffentlicher Infrastruktur zu privatisieren (zu beobachten derzeit als Begleitmaßnahme des Wütens der Troika im Süden Europas).

### **Was kann dagegen getan werden?**

- 1) Notwendig ist eine Umverteilung von oben nach unten, die oben genannten Wege müssen also umgekehrt begangen werden. Dies muss auch einen Schuldenerlass für finanziell bedrängte Kommunen umfassen. Die Großbanken müssen zerschlagen werden, da zum einen deren Größe nicht überblickbar und kontrollierbar ist, zum anderen deren Geschäftsmodell (Investmentgeschäft) grundsätzlich nicht geht (es beruht auf Zocken und Spekulieren; hier sei an die Attac-Forderung erinnert, wonach das Casino zu schließen ist). Überlegungen zu einem Trennbankensystem (u.a. von der SPD favorisiert) führen nach Listl nicht weiter, da erstens damit das Geschäftsmodell Investmentbanking weiterbesteht und von der Pleite bedrohte Investmentbanken nach dem Motto „To big to fail“ weiterhin den Staat und damit die Bevölkerung erpressen werden, um Staatsbeihilfen zu erhalten.
- 2) Es muss aber vor allem Arbeit (30-Stundenwoche als Reflex auf die gestiegene Produktivität) sowie
- 3) Macht umverteilt werden. Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft erfordert Kapital, das über Umverteilung bereitzustellen ist.

### **Warum bewegt sich bei uns trotz der Krise so wenig?**

Nicht fehlendes Bewusstsein über die Krisenwirkung des Kapitalismus lähmt nach Ansicht von Walter Listl die Menschen, sondern deren Verlustängste. Brecht hat letztere im Gleichnis des Buddah vom brennenden Haus so beschrieben, dass die im Haus vom Feuer Bedrohten ihren potentiellen Retter fragten, ob es auch draußen nicht regne, „ob da noch ein anderes Haus sei und so noch einiges“. Trotz der Misere glaube die Mehrheit, dass es zum real existierenden Wirtschaftssystem keine Alternative gebe. Als Ursachen für dieses Denken führte Listl an: Spaltung, Erpressung, medial inszenierte Bewusstlosigkeit, Angst und Unsicherheit. Das Alltagsbewusstsein versperre den Blick für Alternativen. Er führte die Studien des Politikwissenschaftlers und Ökonomen Mario Candeias an, wonach die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften tief gespalten und fragmentiert sind. Aufgrund der Veränderungen in der Arbeitswelt sind die Kernbelegschaften von Betrieben nicht mehr das, was die Arbeiterschaft darstellt. Deshalb müssten die Gewerkschaften ein allgemeines Mandat anstreben, um die ausgegrenzten Teile der Arbeiterschaft anzusprechen. Insbesondere forderte Listl einen Schulterchluss mit den neuen sozialen Bewegungen, die er mit den freien Assoziationen verglich, von denen Marx gesprochen hat.

### **Welche Folgerungen sind daraus zu ziehen?**

Gefragt werden müsse nach dem gemeinsamen Nenner innerhalb der Arbeiterklasse. Elementare Lebensbedingungen hängen heute von den Finanzmärkten ab und dies widerspricht dem Prinzip der Demokratie. Daraus ergibt sich unmittelbar die Forderung nach Teilhabe (Partizipation). Weiter sehe ein großer Teil der Lohnabhängigen keine Notwendigkeit oder habe Angst, im Betrieb aktiv zu werden. Dennoch organisierten sich welche aus übergeordneten Motiven (AntiAtom, Ökologie etc.) außerhalb der Betriebe. Dies sind die neuen sozialen Bewegungen. Diese müssen zusammengebracht werden und Menschen müssen in diesen Bewegungen Erfahrungen sammeln und Lernprozesse durchmachen. Diese Erfahrungen müssen als Ausprägungen des Kapitalismus benannt werden.

Die Frage nach den Kräften, die Veränderungen herbeiführen sollen, leitete direkt in die Diskussion über. Ein Teilnehmer fragte sich angesichts des Scheiterns linker Regierungen in ganz Europa, warum Linke noch immer so stark an den Parlamentarismus glauben. Stattdessen müsse der Druck von der Straße her kommen. Dem hielt ein Anderer entgegen, dass zwar die Beteiligungen der Linkspartei an deutschen Länderregierungen ausnahmslos kontraproduktiv waren, dennoch die Außenwirkung parlamentarischer Arbeit in Form von Debatten, der Darstellung von alternativen Standpunkten und Konzepten und aufgrund der Möglichkeit parlamentarischer Anfragen nicht aufgegeben werden sollte. Außer- und innerparlamentarische Arbeit müssten sich ergänzen. Diskutiert wurde zudem über die Wirksamkeit von Arbeitskämpfen am Beispiel des monatelangen und kürzlich beendeten Streiks bei Neupack in Hamburg. In prekär geprägten Betrieben sind die Belegschaften stärker gespalten als anderswo, sie sind aufgrund unsicherer Beschäftigungsverhältnisse leichter unter Druck zu setzen und die häufig nur angelernten Kräfte sind leicht durch Streikbrecher zu ersetzen (die dann, wie bei Neupack, in Osteuropa oder anderen wirtschaftlich noch stärker prekarierten Regionen rekrutiert werden). Dennoch zeigte gerade dieser Streik, dass Arbeitskämpfe auch unter solch schwierigen Bedingungen zu Erfolgen führen können.

Hans-Hermann Bohrer